

# metall

Dein Magazin

Jahrgang 76 | 4/2024 | D 4713 | [igmetall.de/metall](http://igmetall.de/metall)



## Dank IG Metall klappts mit der Weiterbildung

Qualifizierung macht Arbeitsplätze zukunftsfest



DER IG METALL-PODCAST  
[igmetall.de/maloche-malibu](http://igmetall.de/maloche-malibu)



Foto Titelseite: Sebastian Berger

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. Juni 2024



Tausende Metallerinnen und Metaller sind vor die Konzernzentrale von Thyssen-Krupp nach Essen gekommen. Sie demonstrierten, weil der Vorstandsvorsitzende Miguel Ángel López hinter verschlossenen Türen den Teilverkauf der Stahlsparte verhandelt hatte. Auf ihren mitgebrachten Stoppschildern steht: »So nicht, Herr López!« Sie wissen: Die Transformation der Industrie kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten gelingen.

Foto: Roland Geisheimer

## Editorial

# Für ein modernes und soziales Industrieland



*Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall*

*Foto: Thomas Pirot*

Wir wollen, dass Deutschland ein erfolgreiches Industrieland bleibt. Es ist höchste Zeit zu handeln. Die IG Metall hat gemeinsam mit Betriebsräten aus allen Industriebranchen ein Elf-Punkte-Programm entwickelt. Uns war wichtig, die Zusammenhänge zu betonen: Weniger Autos bedeuten weniger Aufträge für Stahl und Zulieferer. Wir fordern deshalb gemeinsam von Arbeitgebern und Politik umfangreiche Investitionen, verbesserte Rahmenbedingungen und ein Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland.

**Unser Hauptziel ist, die Zukunft und die Arbeitsplätze der Industrie zu sichern, die die klimafreundlichen Produkte und Prozesse von morgen entwickelt. Arbeitgeber müssen sich zu den Standorten in unseren Regionen und zu den Beschäftigten bekennen und in sie investieren.**

Fachleute gehen davon aus, dass Deutschland in den nächsten zehn Jahren jährlich etwa 60 Milliarden Euro zusätzlich in Klimaschutz, Bildung, Straßen und Schienen investieren muss. Auch ein Industriestrompreis ist notwendig, um die Produktion und damit die Arbeitsplätze zu sichern.

**Soziale Errungenschaften gegen Investitionen auszuspielen geht gar nicht. Die IG Metall wird Kürzungen im Sozialen oder die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren nicht hinnehmen. Der Sozialstaat gewährleistet Stabilität und sozialen Frieden. Er ist kein lästiger Kostenfaktor!** Wichtig ist vielmehr, die Schuldenbremse zu reformieren und ein gerechtes Steuersystem zu schaffen, das Spitzenverdiener und Vermögen angemessen besteuert.

Die Wahrheit ist: Industrielle Güter und Dienstleistungen bilden das Herzstück der deutschen Wirtschaft. Sie sichern den Wohlstand unseres Landes. Es ist höchste Zeit zu handeln, damit das so bleibt. Lies Dir bitte unsere elf Forderungen durch und diskutiere sie am besten gleich mit Deinen Kolleginnen und Kollegen. Mehr dazu in diesem Heft. Wir wünschen Dir einen schönen Sommer.

*Christiane Benner*

## Leserinnen und Leser meinen



Ausgabe 3/2024

Foto: IG Metall

»Das Generationenkapital basiert auf Krediten und unsere Regierung geht damit auf Betreiben der FDP an die Börse zum Zocken. Wie hoch ist das Risiko und wer übernimmt die Verantwortung, wenn das schiefgeht? Letztendlich bestimmt wieder der Steuerzahler. Das Grundproblem der Rente ist seit Jahrzehnten bekannt und nie gelöst worden. Typisch Frau Merkel. Es muss eine Reform her, bei der mehr in die Rentenkasse eingezahlt wird. Wie wäre das möglich? Österreich macht uns das seit Jahrzehnten vor!«

Klaus Reisch, Coppenbrügge

## So viel aus der realen Ampelwelt

### METALL 3/4 2024

#### »Arbeitnehmer in der AfD-Welt«

Was Euer Autor nicht schreibt, ist, dass diese AfD-Welt erst dann entstehen kann, wenn die Politik der Ampel in den nächsten Jahren die Hälfte der Wähler vor den Kopf gestoßen hat. Euer Autor fragt auch nicht danach, welche Partei die frisch entlassenen 2500 Kollegen von Continental und 1700 Kollegen von Bosch wählen würden, wenn heute Bundestagswahl wäre. Diese Menschen möchten sichere Arbeitsplätze und eine Zukunftsperspektive, um für sich und ihre Familie sorgen zu können. Euer Autor spricht von hoher Inflation? Von einem vernünftigen Inflationsausgleich merkte ich schon im April nichts mehr! Jedoch merke ich, dass an jeder Stelle die Preise steigen, und die Preiserhöhungen die Steuern erhöhen – so viel aus der realen Ampelwelt. Zum Thema Rente: Die FDP möchte die Fachkräfte länger arbeiten lassen und Fachkräfte aus dem Ausland mit Steuererleichterungen bevorzugen – so viel aus der FDP-Welt.

Heinz Rittermeier, Bochum

## Naheliegenderes Szenario

**METALL 3/4 2024**

»Arbeitnehmer in der AfD-Welt«

Aufgrund der vorbildlich geführten Quellennachweise mutet das Gedankenspiel wie ein erschreckend naheliegenderes Szenario an. Ich würde das Gedankenspiel weiterführen und anhand des in Kapitel 5 des AfD-Grundsatzprogramms von 2016 erwähnten »Erwerbslebens«, das zu den »Politikfeldern moderner Staatlichkeit« gehören soll, eine angestrebte Aufhebung der Tarifautonomie unterstellen. Anhand des in Kapitel 5.1 erwähnten »Arbeitsgesetzbuchs« würde ich der AfD unterstellen, ein Gewerkschaftsverbot anzustreben.

Dirk Faber, Mönchengladbach

## Herzlichen Glückwunsch!

**METALL 3/4 2024**

»Stärkste Kraft .../Arbeitnehmer in ...«

Herzlichen Glückwunsch zum guten Abschneiden bei der Betriebsratswahl bei Tesla in Grünheide. Elon Musk hat wohl noch nicht begriffen, dass es in Deutschland ein Bundesurlaubs- und ein Lohnfortzahlungsgesetz gibt, deren Anwendung zu einer höheren Arbeitszufriedenheit in den Unternehmen führt. Gratulieren möchte ich Euch auch zum Artikel über die AfD. Durch die sorgfältig zitierten Verweise auf Originaldokumente und Veröffentlichungen dieser Nazi-Partei ermöglicht Ihr uns Mitgliedern, sauber zum Thema zu argumentieren.

Elisabeth Baumann, Essen

## »Das ist alles schon Gegenwart«

**METALL 3/4 2024**

»Arbeitnehmer in der AfD-Welt«

Die derzeitige Regierung folgt weitgehend dem Trend, den Sie der AfD zuschreiben. Die Ampel fährt bereits einen »radikalen Sparkurs«, um den Ukrainekrieg weiter zu finanzieren. Im Artikel heißt es: »Sein früherer Arbeitgeber machte die Standorte dicht, verlagerte die Produktion ins Ausland.« Auch das passiert längst: Nahezu täglich liest man von Insolvenzen und Verlagerung ins Ausland. Auch dass der Flächentarif für ganze Branchen ruiniert ist, ist bereits Realität. Auch wenn die Regierung da wohl nicht beteiligt ist. Arbeitgeber verlassen den Verband, der doch der Verhandlungspartner für Tarifverhandlungen ist. Zumindest sehe ich das hier in Sachsen so. Sozialer Wohnungsbau stagniert oder ist rückläufig. Mieten steigen ins Nichtbezahlbare, zumindest in den Ballungsgebieten, die ja auch die meisten Arbeitsmöglichkeiten bieten. Das ist alles schon Gegenwart. In einem bin ich allerdings mit Ihnen einer Meinung: Die AfD ist keine Partei der kleinen Leute. Aber welche Partei ist es noch?

Steffen Hascher, per E-Mail

# Ohne Frieden ist alles nichts

## **METALL 3/4 2024**

»Gute Arbeit geht besser mit Europa«

Ich finde es unglaublich, wenn zur Europawahl aufgerufen wird und ich weder von der Metallerin und EU-Parlamentarierin Birgit Sippel noch bei den Forderungen der IG Metall etwas zu Waffenstillstand und dem Ende der Waffenlieferungen lese. Für die Ukraine und Gaza gilt: Ohne Frieden ist alles nichts! Gerade weil Europawahl ist, ist es wichtig, dass die IG Metall ein Ende der Waffenlieferungen und sofortigen Waffenstillstand fordert.

Theo Knetzger, per E-Mail

## Tarif

# Mehr Geld in der Textilindustrie Ost

## TARIFABSCHLUSS TEXTIL OST

Warnstreiks brachten die Wende: 10 Prozent plus auf 22 Monate, 1250 Euro Inflationsausgleich, 100 Prozent Jahressonderzahlung, Altersteilzeit verlängert.

Von Dirk Erb



*Der solidarische Kampf für mehr Geld brachte den Beschäftigten der Textilindustrie Ost am Ende den Erfolg.*

*Foto: IG Metall*

Die Warnstreiks in der ostdeutschen Textilindustrie haben gewirkt: Die IG Metall erreichte einen Tarifabschluss, der deutlich mehr Geld für die rund 10 000 Beschäftigten bringt sowie eine Verlängerung der Altersteilzeit.

Die Monatsentgelte steigen um 10 Prozent in vier Schritten. Als Erstes geht es dieses Jahr im Oktober um 5 Prozent nach oben. Die Laufzeit: 22 Monate. Dann kann die IG Metall neue Entgelterhöhungen durchsetzen.

Ab sofort, von Juli bis September, erhalten die Beschäftigten eine Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 1250 Euro netto. Auszubildende bekommen die Hälfte. Zudem werden die Vergütungen der Auszubildenden überproportional angehoben. Bereits zum Ausbildungsstart 2024 erhalten alle Auszubildenden 120 Euro mehr. Darauf folgt eine weitere Anhebung von 50 Euro.

Durch ein Stufenmodell steigt die Jahressonderzahlung in den nächsten Jahren von 75 auf bis zu 100 Prozent eines Monatsentgelts.

## Großer Schritt zur Angleichung Ost an West

Dieser Tarifabschluss rückt die immer noch niedrigeren Löhne im Osten auch einen großen Angleichungsschritt näher an die Löhne im Westen heran, betont Stefanie Haberkern, Verhandlungsführerin der IG Metall in der Textilindustrie Ost. Die Wende in den lange Zeit zähen Verhandlungen brachten die Warnstreiks nach Ende der Friedenspflicht Anfang Juni. »Die Arbeitgeber haben uns unterschätzt«, meint Reiko Mothes, Betriebsrat beim Autositzhersteller Adient in Zwickau und Mitglied der Tarifkommission. »Die Warnstreiks haben dann aber richtig gesessen. So konnten wir gestärkt in die dritte Verhandlung gehen.«

Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Tariftabelle: [textil-tarifrunde.de](https://www.textil-tarifrunde.de)

## 10 Prozent mehr mit Tarif

Wer nach Tarif arbeitet, hat mehr als ein Monatsgehalt zusätzlich im Jahr und arbeitet eine Woche weniger. Das zeigt eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI). Die Forscher verglichen dabei Vollzeitbeschäftigte in vergleichbaren Betrieben mit und ohne Tarifvertrag.

Trotz Fachkräftemangel bekommen Beschäftigte ohne Tarif nicht automatisch mehr Geld: Selbst in der IT- und Kommunikationsbranche verdienen sie mit Tarif deutlich mehr. Hier beträgt das Plus dank Tarif sogar fast 15 Prozent. Das zeigt die aktuelle ITK-Entgeltanalyse der IG Metall.

**[itk-entgeltanalyse.igmetall.de](https://www.igmetall.de/itk-entgeltanalyse)**

## Handwerk

### Oft über 6 Prozent mehr Geld

Das Handwerk holt auf: Die IG Metall erreicht zunehmend gute Tarifabschlüsse, oft über 6 Prozent und mit Extraplus für Auszubildende.

6,25 Prozent mehr Geld im Metallhandwerk Niedersachsen und Bremen, 6,2 Prozent im Elektrohandwerk Hessen und Rheinland-Pfalz, 6 Prozent mehr für Schreiner in Bayern: Die IG Metall erzielt immer bessere Tarifabschlüsse im Handwerk, das sich damit der Industrie annähert.

Bei den Vergütungen für die Auszubildenden sind viele Handwerksbranchen bereits auf Augenhöhe mit der Metall- und Elektroindustrie. Die IG Metall erreicht in fast jeder regionalen Branchentarifrunde überproportionale Erhöhungen für Auszubildende.

Wesentlicher Grund für die Erfolge neben dem Fachkräftemangel: Beschäftigte im Handwerk sind wieder mehr bereit, sich gewerkschaftlich zu organisieren und zu kämpfen. In vielen Handwerksbranchen kommt es erstmals seit Jahren wieder zu Warnstreiks.

Mehr Infos zu Tarifen im Handwerk: **[igmetall.de/handwerk](https://www.igmetall.de/handwerk)**

## Tarif

# Wir wollen mehr Geld

## METALL-TARIFRUNDE

Im September starten die Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie. Nächste Woche verabschiedet der IG Metall-Vorstand die Forderungen, nach intensiven Diskussionen in den Betrieben. Zudem hat die IG Metall 318 000 Beschäftigte befragt.

Von Dirk Erb



*Jugend- und Auszubildendenvertreterinnen und -vertreter aus Betrieben aus ganz Deutschland diskutierten bei der Vorstandssitzung der IG Metall über die Situation der Auszubildenden und dual Studierenden sowie ihre Forderungen in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie.*

*Foto: Frank Rumpenhorst*

### **»Bietet mehr Geld, dann entscheiden sich junge Leute wieder eher dazu, eine Ausbildung zu machen.«**

Nick Thiele, Jugend- und Auszubildendenvertreter bei Bosch (Schwäbisch-Gmünd) und Mitglied der Tarif- und Verhandlungskommission in Baden-Württemberg.

Die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie erwarten von der im September startenden Tarifrunde vor allem spürbar mehr Geld. Das ist das Ergebnis einer Befragung der IG Metall zu möglichen Forderungen für die Tarifverhandlungen. 318 000 Beschäftigte in 2700 Betrieben haben sich daran beteiligt. 72 Prozent der befragten Beschäftigten sagen, dass sie höhere Entgelte brauchen, um die Inflation auszugleichen und ihre Kaufkraft zu stärken.

»Die Inflation mag sich abschwächen, die Preise bleiben aber hoch«, erklärt Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall. »Die Beschäftigten erwarten von den Arbeitgebern spürbar sowie dauerhaft mehr Geld gegen den Preisdruck.«

## Wirtschaftliche Lage differenziert

Tatsächlich wäre eine Stärkung der Kaufkraft auch wirtschaftlich sinnvoll: Die private Nachfrage macht rund die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus und ist damit noch wichtiger als der Export. Doch durch die Inflation schwächt die Kaufkraft und damit auch der private Konsum. Der muss angekurbelt werden, damit die Wirtschaft wieder wächst.

Die wirtschaftliche Lage betrachten die Beschäftigten differenziert: 41 Prozent nehmen die Situation in Deutschland insgesamt als schlecht oder sehr schlecht wahr. Die wirtschaftliche Lage ihres eigenen Betriebs dagegen ist für 80 Prozent der Beschäftigten in Ordnung, für 44 Prozent sogar gut oder sehr gut. »Die wirtschaftliche Situation der Betriebe nehmen die Beschäftigten insgesamt deutlich positiver wahr, als es das aktuelle Wehklagen der Arbeitgeberverbände vermuten lässt«, betont Nadine Boguslawski, die im IG Metall-Vorstand für Tarifpolitik verantwortlich ist. »Es gibt etwas zu verteilen.«

## Junge sind besonders belastet

Besonders durch die Preissteigerungen belastet sind Auszubildende und dual Studierende. 93 Prozent gaben an, dass sie sich besonders betroffen fühlen.

Dieser Meinung sind auch viele ältere Beschäftigte. 68 Prozent aller Befragten sagen, dass sie bei ihren jungen Kolleginnen und Kollegen einen noch höheren Preisdruck erkennen.

Klar: Auszubildende sind heute keine 16 Jahre mehr, sondern im Schnitt über 20 Jahre alt und wollen auf eigenen Füßen stehen. Viele Arbeitgeber fordern auch immer mehr Flexibilität und Mobilität ein. Doch gerade mit kleineren Einkommen – im Schnitt zahlt die Metallindustrie tariflich 1167,50 Euro im Monat für Azubis – sind Mieten oft unerschwinglich. Viele Auszubildende und dual Studierende sind auf Nebenjobs angewiesen – oder eben auf Geld von den Eltern, erklärt Nick Thiele, Jugend- und Auszubildendenvertreter bei Bosch in Schwäbisch-Gmünd und Mitglied der Tarif- und Verhandlungskommission in Baden-Württemberg. »Zugleich haben selbst große Betriebe Schwierigkeiten, Auszubildende zu finden. Wir sagen daher: Bietet mehr Geld, dann entscheiden sich junge Leute wieder eher dazu, eine Ausbildung zu machen.«

Tatsächlich gehen immer mehr junge Menschen nach der Schule jobben, statt eine Ausbildung zu machen. 2,64 Millionen 20- bis 34-Jährige haben keinen Berufsabschluss.

## Arbeitszeit mehr selbst bestimmen

Als wichtiges Thema sehen die Beschäftigten auch ihre Arbeitszeit an. Hier fordern sie lebensnahe Lösungen mit mehr Flexibilität für sich selbst. Für 85 Prozent der Befragten ist mehr Souveränität und Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit sehr wichtig oder wichtig.

Mehr als die Hälfte der Befragten wünscht sich mehr individuelle Wahlmöglichkeiten zwischen Zeit und Geld, wie es bereits das »Tarifliche Zusatzgeld« (T-ZUG) in der Metallindustrie für besonders belastete Beschäftigte (Kinder, Pflege, Schichtarbeit) ermöglicht.

## Vorstand beschließt nächste Woche

Die Ergebnisse der Befragung sind in die Forderungsdiskussion der IG Metall für die Metall-Tarifrunde im Herbst eingeflossen. Nach dem Beschluss der Tarifkommissionen (nach Redaktionsschluss dieser metall) wird der IG Metall-Vorstand in der kommenden Woche die Forderungen endgültig beschließen. Die Tarifrunde beginnt Mitte September.

Aktuelle Infos und Hintergründe: [igmetall.de/metall-tarifrunde](https://www.igmetall.de/metall-tarifrunde)

## Wie nimmst Du die aktuelle wirtschaftliche Situation im Land wahr?



## Wie schätzt Du die wirtschaftliche Situation bei Dir im Betrieb ein?



sehr gut

gut

geht so

schlecht

sehr schlecht

Angaben in Prozent

*Differenziert: Die Beschäftigten schätzen die wirtschaftliche Lage in ihren Betrieben deutlich besser ein als die wirtschaftliche Situation in Deutschland insgesamt. Offenbar wird die Lage auch öffentlich schlechter geredet, als sie ist.*

## TARIFRUNDE METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE 2024

MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER
Diskussion in Betrieben und Befragung der Beschäftigten	<b>21.6.</b> Tarifkommissionen beschließen Tarifforderung	<b>9.7.</b> IG Metall-Vorstand verabschiedet Forderung	Bis <b>30.8.</b> Kündigung der Entgelttarifverträge	Start der Verhandlungen	<b>28.10. 24 Uhr</b> Ende der Friedenspflicht und Beginn möglicher Warnstreiks

# 72%

wollen mehr Geld, um wieder mehr kaufen zu können

Das ist auch wirtschaftlich sinnvoll: Der private Konsum macht rund die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus und ist damit wichtigstes Standbein noch vor dem Export.

# 85%

wollen mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit

80 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Wahlmöglichkeiten zwischen Geld und Zeit, wie es sie bereits beim »Tariflichen Zusatzgeld« (T-ZUG) gibt.

## Titel

# Dank IG Metall und Betriebsrat klappts mit der Weiterbildung

## QUALIFIZIERUNG

Im Zuge der Transformation stellen sich Unternehmen für die Zukunft auf. Manche Beschäftigte fürchten angesichts der Neuausrichtung um ihren Arbeitsplatz. Um den zukunftsfest zu machen, setzen IG Metall sowie Betriebsrätinnen und -räte auf Weiterbildung. Wie das im Betrieb funktioniert – und wie Metallerrinnen und Metaller davon profitieren.

Von Jan Chaberny und Simon Che Berberich



*Angekommen: Sven Becker an seinem neuen – und alten – Arbeitsplatz bei Magna in Untergruppenbach. Dank seiner neuen Kenntnisse stellte das Unternehmen den Metaller wieder ein.*

*Foto: Sebastian Berger*

Sven Becker weiß noch genau, wie er sich beim Anblick der vielen Aktenordner gefühlt hat. Die Ordner warteten auf ihn. In einem Seminarraum. Und Sven war sofort klar: Da kommt einiges auf ihn zu. »Mein erster Gedanke war: Oh Gott!«, erzählt der Metaller. »Jetzt heißt es sich hinsetzen und lernen.«

Der Schreck verflog zum Glück schnell. Sven hatte sich die Weiterbildung zum technischen Betriebswirt selbst ausgesucht. Es war seine Wahl, seine Chance. Die wollte er nutzen. »Es geht um eine überschaubare Zeit«, sagt er im Rückblick. »Der Kurs dauerte ein Jahr, da kann man Gas geben. An Aufgaben habe ich nie gedacht.«

Schwer war es manchmal trotzdem. Vor allem das Thema Rechnungswesen. Sven hat ursprünglich Kfz-Mechatroniker gelernt, später eine Weiterbildung zum Maschinenbautechniker absolviert. Mit Buchhaltung hatte er bisher nichts zu tun.

Der Umgang mit den vielen Tabellen ist die härteste Nuss, die er auf seinem Weg zur Prüfung knacken muss. Anderen Kollegen mit technischer Ausbildung geht es ähnlich. Was allen in der Gruppe hilft: die Motivation der Lehrenden. »Die hatten richtig Bock«, sagt Sven. »Das waren waschechte Praktiker, oft selbst Unternehmer oder Berater, die viel aus dem Nähkästchen geplaudert haben.« Die neue Tätigkeit – zunächst eine vage Idee – wird greifbar.

## Umbau oder Abbau?

Zur Wahrheit gehört: Sven konnte die Weiterbildung zwar selbst wählen. Ganz freiwillig lief die Sache aber nicht. Ausgangspunkt war ein Stellenabbau beim Autozulieferer Magna. Sven arbeitete dort an einem Entwicklungsstandort für automatisierte Schaltgetriebe in der kleinen Gemeinde Untergruppenbach am Rand des Stuttgarter Ballungsraums. Dort passierte, was quer durch die deutsche Automobilindustrie geschieht: Im mechanischen Bereich ging die Kapazität runter, bei den E-Antrieben hoch.

Dieser Trend hält an, im gesamten Weltmarkt. Unternehmen stellen sich so für die Zukunft auf. Für die Beschäftigten kann die Neuausrichtung aber eine Bedrohung sein. Wer von Stellenabbau betroffen ist, dem nützt es erst mal wenig, dass in anderen Bereichen neue Arbeit entsteht. Und betroffen sind junge Maschinenbediener genauso wie Ingenieurinnen mit 20 Jahren Berufserfahrung.

Weiterbildung kann in solchen Fällen ein Schlüssel sein – für neue Perspektiven, neue Sicherheit. Von allein bewegen sich aber zu wenige Arbeitgeber in diese Richtung. Qualifizierung kostet Zeit und Geld. Auch in Svens Firma gab es Vorbehalte. Doch IG Metall und Betriebsrat trieben das Thema voran. Sie stampften bei Magna gleich mehrere Qualifizierungsprogramme aus dem Boden. Überlegten, welche Weiterbildungen sinnvoll sind, wo und wie die Kurse stattfinden können und für wen sie infrage kommen. »Am Ende hatten wir ein Modell für die Neuausrichtung ganzer Betriebe«, sagt Uwe Bauer, der das Projekt als Unternehmensbetreuer für die IG Metall begleitete. Uwe – im Hauptjob Geschäftsführer der IG Metall Schwäbisch Hall – führte dafür mit der Personalentwicklung der Magna zig Gespräche mit Bildungsträgern und mit der Agentur für Arbeit.

Ergebnis: Die Beschäftigten konnten aus einer Vielzahl von Qualifizierungen wählen, allesamt gefragt auf dem Arbeitsmarkt. »Die Teilnehmer der Programme haben heute alle super Jobs«, sagt Uwe Bauer. »Ich rate deshalb allen: Wer zwischen einer Abfindung und bezahlter Weiterbildung wählen kann, sollte die Weiterbildung nehmen. Das lohnt sich.«

## Lernen mit Lohnfortzahlung

Für Sven sah der Deal so aus: Wechsel in eine Transfergesellschaft, 80 Prozent des vorherigen Entgelts plus eine reduzierte Abfindung. Und das Wichtigste: die kostenlose Weiterbildung.

»Ich wollte das Beste aus der Situation machen«, sagt Sven, der sich in dieser Zeit viele Fragen stellen musste. Wohin soll sein weiterer Berufsweg gehen? Was liegt ihm? Was interessiert ihn? In der Transfergesellschaft gab es dafür einen Berater, der intensive Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen führte. Sven ist klar, dass er es leichter hatte als ältere Kollegen mit Familie. Dass es für ihn – Jahrgang 1992 – einfacher war, ein neues Kapitel aufzuschlagen. Dass er weniger Verantwortung zu tragen hatte. Trotzdem sagt er: »Ich hätte das wohl auch mit zwei Kindern durchgezogen.« Er konnte ganz normal weiterleben, seinen Lebensstandard halten. »Bessere Bedingungen für einen Neustart findet man kaum.«

Und es gibt noch einen Grund dafür, dass Sven sich gegen die Abfindung und für die neue Qualifizierung entschied: seinen Vater. Der hatte mit Anfang 50 seinen Arbeitsplatz verloren und danach nichts Gleichwertiges mehr gefunden. Aus dieser Erfahrung heraus riet er seinem Sohn: »Mach jede Weiterbildung, die Du kriegen kannst!« Der Ausgang der Geschichte gibt Vater und Sohn recht: Nach einer kurzen Zeit als Werkvertragsarbeiter arbeitet Sven heute wieder bei Magna in Untergruppenbach. Genau dort, wo er vor wenigen Jahren schon einmal beschäftigt war. Magna wollte ihn wiederhaben, dank seiner neuen Qualifikation. Statt wie früher in der Abteilung für Versuchsgetriebe arbeitet Sven nun in der Einkaufsabteilung. Sein Profil – technisches Wissen plus Betriebswirtschaft – kam an. Er verhandelt Preise, schreibt Vorgaben für Lieferanten, kauft Teile ein. »Ich habe immer noch viele Schnittpunkte zur Technik, also zu meiner ursprünglichen Ausbildung«, sagt er. »Das passt, ich bin jetzt wirklich zufrieden.«

Und dann sagt er noch einen dieser Sätze, die hängenbleiben, so wie der mit den Aktenordnern. Es ist sein persönliches Fazit nach den Erlebnissen der vergangenen drei Jahre: »Manchmal muss man ins kalte Wasser springen, um zu merken, dass das Wasser gar nicht so kalt ist.«

Auch Vincenzo ist ins kalte Wasser gesprungen. Um das zu tun, musste er nicht lang überlegen. Seine Entscheidung war sofort klar. Ja, sagt er sich, ich möchte die Weiterbildung machen. Es ist eine Chance, eine qualifizierte Arbeit zu übernehmen. Es ist eine Chance, dem drohenden Jobverlust zu entgehen. Es ist das Beste für mich. Mit dieser Entscheidung könnte die Geschichte von Vincenzo Salerno schon zu Ende erzählt sein. Die Geschichte des Mannes, der als Siebenjähriger von Sizilien nach Pforzheim gekommen ist, der als Jeansverkäufer arbeitete und schließlich beim Werkzeugbauer Mapal WWS einsteigt. Doch in Wirklichkeit fängt sie erst an.



*Neue Aufgaben: Sven Becker ist ausgebildeter Kfz-Mechatroniker. Nun arbeitet er in der Einkaufsabteilung.*

*Foto: Sebastian Berger*

## **Der Betriebsrat begleitet von Anfang an**

»Es ist eine Sache zu entscheiden, dass man eine Qualifizierung machen will«, sagt Vincenzo. »Etwas völlig anderes ist es, wenn es plötzlich konkret wird.« Ganz besonders, wenn man wie Vincenzo 50 Jahre alt ist. Wenn man zwei Kinder hat und ein Haus, das abbezahlt werden muss. Wenn man mitten im Leben steht, nicht mehr am Berufsbeginn. Wenn man viele Verpflichtungen hat, große und kleine. »Ich hatte die Sorge, dass ich es nicht packe. Dass ich alleingelassen werde.«

Die Sorge war unbegründet. »Für uns war von Anfang an klar, dass wir die Kolleginnen und Kollegen auf ihrem Weg begleiten«, sagt Lillo Geraci. Der 41-Jährige ist gelernter Werkzeugmacher und Betriebsrat, zusammen mit seinem Team hat er das Thema Qualifizierung im Betrieb vorangetrieben. »Es ist wichtig, dass wir uns kümmern. Die Transformation macht vor unserem Werkstor nicht halt. Im Gegenteil.«

430 Menschen arbeiten am Standort in Pforzheim. Die Beschäftigten fertigen Präzisionswerkzeuge vor allem für die Automobilindustrie. »Der Wandel hin zur Elektromobilität hat große Auswirkungen auf uns«, sagt Lillo Geraci. »Wenn weniger Motoren produziert und weniger Getriebe gebaut werden, braucht man weniger Werkzeuge. Das trifft unsere Produktion und damit unsere Arbeitsplätze.«

2020 kündigte die Geschäftsleitung an, am Standort Pforzheim 101 Arbeitsplätze streichen zu wollen. Laut aufgestelltem Sozialplan wären zuerst die jungen, frisch ausgelernten Beschäftigten betroffen gewesen. Dann standen vor allem an- und ungelernete Beschäftigte im Fokus, da der Arbeitgeber davon ausging, diese, sobald sich die Lage verbessern würde, schnell ersetzen zu können. Am Ende, nach intensiven Verhandlungen, gelingt es dem Betriebsrat gemeinsam mit der IG Metall, der Agentur für Arbeit und der Geschäftsleitung, betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. Vielen ungelernen Beschäftigten konnte ein Qualifizierungsangebot gemacht werden. Vincenzo bekommt die Möglichkeit, sich zum »Maschinen- und Anlagenführer« weiterzubilden. Die Agentur für Arbeit übernimmt Kosten, Vincenzo bezieht während seiner Ausbildung weiter sein Gehalt. »Ich habe mich riesig gefreut«, sagt Vincenzo. Aber zugleich ist er aufgeregt. »Ich wusste nicht, was auf mich zukommt.« Vor ihm lag tatsächlich eine Menge.

## **Plötzlich wird Lernstoff abgefragt**

Bevor Vincenzo mit der Weiterbildung startet, meldet er sich für einen Vorbereitungskurs an. Vier Monate geht der, wochentags von 7:30 Uhr bis nachmittags um 16:30 Uhr. Vincenzo fährt täglich zur Bildungsstätte Schömberg. Er findet sich, Jahrzehnte nachdem er zum letzten Mal auf einer Schulbank gesessen hat, mit einem Mal in einem Klassenraum wieder – zusammen mit 24 Kolleginnen und Kollegen aus Betrieben der Region.

Plötzlich gibt es also einen Stundenplan, Bücher und Hefte und Hausaufgaben. Wie damals. Plötzlich muss Vincenzo wieder lernen, wieder von der Tafel abschreiben, sich melden, wieder in der Gruppe diskutieren. Plötzlich wird Lernstoff abgefragt. Sind Mathematikaufgaben zu lösen. Stehen Deutsch- und Englischstunden im Wochenplan.

»Meine Kinder haben zuerst gelacht, als sie hörten, dass ich in eine Klasse gehe. Sie sagten, dass wir ja gemeinsam lernen könnten.« Das haben sie dann doch nicht getan. Vincenzo hat allein gelernt. Und das, erzählt er, war hart am Anfang. »Jahrelang stehst du in der Halle an den Maschinen, bist ein Profi in deinem Job. Und dann musst du dich wieder hinsetzen und anfangen zu lernen.« Vincenzo hat das getan – und zwar sehr erfolgreich: Er hat den Vorbereitungskurs bestanden. Und im Anschluss auch die 18 Monate lange Ausbildung. Irgendwann, quasi von einem auf den anderen Tag, sei der Knoten geplatzt.



*Vereint: Vincenzo Salerno (links) arbeitet bei Mapal WWS in Pforzheim. Als er die Chance erhält, eine Weiterbildung zu starten, sagt er sofort zu. Betriebsrat Lillo Geraci begleitet ihn auf seinem Weg.*

*Foto: Sebastian Berger*

## Neue Tätigkeiten, neue Chancen

Von da an lief es rund. »Ich bin glücklich, nun endlich eine abgeschlossene Ausbildung und einen sicheren Arbeitsplatz zu haben«, sagt Vincenzo. Er arbeitet nun im Bereich Grundkörperfertigung, schleift und erodiert hier Werkzeuge – alleingelassen wird er auch jetzt nicht: Lillo fragt immer wieder nach, wie es läuft, der Betriebsrat begleitet jeden Beschäftigten auch nach seiner Weiterbildung. »Der Weg war lang und manchmal steinig«, sagt Vincenzo. »Aber er hat sich gelohnt.« Exakt diesen Satz geben Heike Mücke und Ivonne Jendretzke Kolleginnen und Kollegen, die vor einer Entscheidung stehen, mit auf den Weg: Es lohnt sich! »Wir ermutigen Beschäftigte, eine Qualifizierung anzugehen«, sagt Heike.

Heike und Ivonne arbeiten bei Mahle Behr in Stuttgart. 1000 Menschen sind am Entwicklungsstandort mit dazugehörigem Musterbau beschäftigt. Die Kolleginnen und Kollegen entwickeln und fertigen Prototypen für die Fahrzeugklimatisierung und Motorkühlung. »Als Zulieferer für die Automobilindustrie sind wir betroffen vom Mobilitätswandel«, sagt Ivonne. »Wir haben bei uns sehr viele sehr gut ausgebildete Ingenieurinnen und Ingenieure sowie Facharbeiterinnen und Facharbeiter.« Auf jeden Einzelnen, auf jede Einzelne kommen in Zukunft Veränderungen zu. »Hier setzen wir an. Wir zeigen den Beschäftigten Wege auf«, sagt Heike.

Um das leisten zu können, sind Heike und Ivonne Weiterbildungsmentorinnen geworden. »Ein langes Wort, das stimmt«, sagt Heike. »Es bedeutet, dass wir die Kollegin und den Kollegen während ihrer Weiterbildung beraten.« Ivonne ergänzt: »Wir begleiten die Beschäftigten auf ihrem Weg der beruflichen Qualifizierung und Veränderung.«

Wie das geht? »Indem man miteinander spricht«, sagt Heike, »indem man Vertrauen aufbaut.« Heike und Ivonne, die beiden Weiterbildungsmentorinnen, gehen direkt auf die Beschäftigten zu, kommen mit ihnen ins Gespräch. Jeden Dienstag, immer von 9 bis 14 Uhr, bieten sie eine Beratung an, »Bock auf Job« heißt die. »Das sind Gespräche, bei denen wir zusammen darauf schauen, wie sich ihre Arbeit in Zukunft verändern wird«, sagt Heike.



*Fit für die Zukunft: Manchmal war es mühsam, aber alle Anstrengung hat sich gelohnt: Vincenzo Salerno arbeitet nach seiner erfolgreich abgeschlossenen Weiterbildung nun im Bereich der Grundkörperfertigung.*

*Foto: Sebastian Berger*

## **Schritt für Schritt zum zukunftsfesten Job**

In einem zweiten Schritt überlegen sie gemeinsam, wie der Arbeitsplatz sicher und zukunftsfest gemacht werden kann: Welche Qualifizierung dafür womöglich erforderlich ist. Ob eine Weiterbildung sinnvoll sein kann. »Erst auf dieser Basis ist es möglich, sich Schritt für Schritt an die Umsetzung zu machen.« Die einzelnen Schritte besprechen und

erarbeiten Heike und Ivonne zusammen mit den Beschäftigten: Sie recherchieren, welche Möglichkeiten es für eine Qualifizierung gibt. Sie beraten, welche Qualifizierungsart in Betracht kommt. Sie schauen, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Und sie überprüfen, ob und welche finanzielle Unterstützung möglich ist. Am Ende erstellen Heike und Ivonne einen Qualifizierungsplan – mit diesem in der Hand können sich die Kollegin und der Kollege auf den Weg machen.

»Es liegt uns am Herzen, die Kolleginnen und Kollegen für eine Qualifizierung zu motivieren, sie voranzubringen. Und wir wollen auch nach der Weiterbildung weiter für sie da sein, sie begleiten«, sagt Heike. »Dafür stehen wir«, betont Ivonne. »Bock auf Job« bietet für jeden etwas.«

Und genau das ist wichtig – und wird in diesen Zeiten des Umbruchs immer wichtiger: dass man nicht stehenbleibt, sondern sich mutig auf den Weg macht. Dass man sich um seine Qualifizierung kümmert, nach Weiterbildungsmöglichkeiten sucht. Das ist nicht immer einfach, stimmt. Eines aber ist auch sicher: Man ist auf diesem Weg nicht allein. Und hat die IG Metall immer an seiner Seite.



Foto: privat

### »Wir zeigen den Beschäftigten Wege auf. Wir bieten ihnen eine Weiterbildungsberatung.«

Heike Mücke, Weiterbildungsmentorin, Mahle Behr, Stuttgart



Foto: privat

### »Wir begleiten die Beschäftigten auf ihrem Weg der beruflichen Qualifizierung und Veränderung.«

Ivonne Jendretzke, Weiterbildungsmentorin, Mahle Behr, Stuttgart

## Mehr Geld für Weiterbildung

- Die IG Metall treibt das Thema Weiterbildung in den Betrieben und politisch voran.
- Seit dem 1. April 2024 gibt es das Qualifizierungsgeld, das auf eine Idee der IG Metall zurückgeht. Das bedeutet:
- Beschäftigte erhalten Lohnersatz, wenn ihr Betrieb sich wandelt und neue Fertigkeiten gefragt sind.
- Die vereinfachte Weiterbildungsförderung deckt Qualifizierungen bis hin zur Umschulung ab, unabhängig vom Alter oder der bisherigen Ausbildung.
- Sehr umfangreiche Förderung gibt es für Beschäftigte ohne Berufsabschluss, die erstmals einen Abschluss erwerben.
- Mehr Infos zu den neuen Fördermöglichkeiten gibt es hier: [igmetall.de/qualifizierungsgeld](https://igmetall.de/qualifizierungsgeld)

## Das sind die Weiterbildungsmentoren

Arbeitsplätze und Qualifikationsanforderungen verändern sich in der Transformation grundlegend. Beschäftigungssicherung durch Qualifizierung ist elementar. Hier kommen gewerkschaftliche Weiterbildungsmentoren und -mentorinnen ins Spiel.

Zu ihren Aufgaben zählt:

- Dazu beitragen, dass über den Betriebsrat betriebliche Weiterbildungen auf den Weg gebracht werden.
- Über inner- und außerbetriebliche Weiterbildungsangebote informieren und beraten.
- Kolleginnen und Kollegen helfen, Entwicklungsmöglichkeiten einzuschätzen und Qualifizierungswege zu finden.

Die Ausbildung besteht aus einer theoretischen Ausbildung, einem betrieblichen Projekt und einem Beratungsangebot. Die Qualifizierungsreihe wird gemeinsam mit den Bildungszentren der IG Metall durchgeführt. Bisher wurden rund 300 Beschäftigte aus rund 100 Betrieben ausgebildet.

## Interview

# »Unternehmen machen es sich manchmal zu leicht«

Jutta Rump ist Expertin für Personalentwicklung und berät seit vielen Jahren Unternehmen. Die Professorin sagt: »Mit Weiterbildung lassen sich viele Stellen sichern.« An die Arbeitgeber hat sie eine klare Botschaft.



*Jutta Rump ist Professorin für Betriebswirtschaftslehre (Schwerpunkt Internationales Personalmanagement und Organisationsentwicklung) an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft in Ludwigshafen.*

*Foto: Simon Wegener*

### **Wie oft haben Sie es schon erlebt, dass Firmen Beschäftigte entlassen und wenig später wieder händeringend nach Fachkräften suchen?**

Viel zu oft.

### **Wie kann das sein?**

Mir kommt es manchmal so vor, als ob da zwei unabhängige Prozesse laufen: einerseits Stellenabbau, andererseits die Suche nach Fachkräften für Zukunftsaufgaben. Klar: Es gibt Situationen, da muss ich als Unternehmen schnell handeln. Aber sehr häufig ist Stellenabbau nichts, was plötzlich vom Himmel fällt. Die Firmen sollten nicht reflexartig in alte Muster verfallen, sondern stattdessen überlegen: Wie kann ich Menschen, die seit 20 Jahren einen guten Job machen, eine Perspektive geben? Der Umbau der Betriebe – ob wirtschaftlich oder technologisch getrieben – sollte mit strategischer Personalplanung und -entwicklung verbunden werden. Das heißt vor allem: mehr Weiterbildung.

### **Viele Unternehmen wollen dafür weder die Zeit noch das Geld aufbringen – zumindest nicht freiwillig.**

Qualifikation ist kein Kostenfaktor, sondern eine Investition in die Zukunft. Diese Investition brauchen wir, um gemeinsam erfolgreich zu sein. Wenn ich Unternehmen berate, frage ich immer: Wärt ihr noch handlungsfähig, wenn morgen eine größere Zahl eurer Beschäftigten woanders hingehet? Die meisten antworten dann: Nein, Frau Rump, das wären wir nicht. Personal ist ein knappes Gut und wird immer knapper. Also sollten Unternehmen systematisch an diesem Thema arbeiten.

## **Denken die Arbeitgeber zu wenig vorausschauend?**

Unternehmen machen es sich manchmal zu leicht, wenn sie sich nur auf Technologie und kurzfristige Wirtschaftlichkeit fokussieren. Die Gesellschaft altert, es gibt einen Wertewandel bei vielen Arbeitnehmern. Das sollten Unternehmen beachten. Seit einigen Jahren spüre ich aber deutlich mehr Bewegung beim Thema Qualifizierung. Gewerkschaften und Betriebsräte waren da nicht selten Treiber und Begleiter.

## **Neuorientierung im Job bedeutet erst mal Unsicherheit. Wie können Beschäftigte damit umgehen?**

Wenn sich jemand Sorgen macht wegen einer Weiterbildung, dann sage ich: Schaut auf euer Privatleben, da gibt es auch oft Veränderungen. Überlegt mal, wie es war, als das erste Kind kam. Oder als die eigenen Eltern plötzlich Hilfe brauchten. Das habt ihr gemeistert, also schafft ihr das auch im Job! Lernen heißt: Das Gehirn verarbeitet Informationen. Das machen wir alle, sobald wir morgens aufwachen. Im Arbeitsalltag lernen wir ständig dazu – durch Erfahrung. Bei einer Weiterbildung passiert nichts anderes, nur dass alles ein bisschen strukturierter abläuft und man am Schluss ein Zertifikat in den Händen hält.

## Deine IG Metall

**»Die Arbeit vor Ort werden wir konsequent weiter intensivieren.«**

### KASSENBERICHT

Weil viele Beschäftigte der IG Metall beitreten, wächst ihre finanzielle Kraft: Die Beitragseinnahmen sind 2023 höher als im Vorjahr und erreichen einen neuen Spitzenwert. Die IG Metall investiert auch weiterhin konsequent in die Gewerkschaftsarbeit vor Ort, sagt Hauptkassiererin Nadine Boguslawski.

Von Jan Chaberny



**»Die IG Metall ist da, wo ihre Mitglieder leben und arbeiten. Wir sind präsent vor Ort, unterstützen sie.«**

Nadine Boguslawski, Hauptkassiererin der IG Metall

**Nadine, Du bist auf dem Gewerkschaftstag im Oktober vergangenen Jahres zur Hauptkassiererin der IG Metall gewählt worden. Wie ist es, plötzlich Verantwortung für das Vermögen der IG Metall zu tragen?**

Als IG Metall sind wir politisch und finanziell gut aufgestellt. Stabilität ist in diesen unsicheren Zeiten ein hohes Gut. Daher freue ich mich, die Herausforderungen anzugehen.

**Die Zahlen sehen ja sehr gut aus.**

Ja, in der Tat. Bei den Neuaufnahmen verzeichnen wir so viel Zulauf wie seit Langem nicht mehr. Die Rekordzahl von 129 348 Eintritten wurde in den vergangenen zehn Jahren nur 2018 übertroffen. 2023 entschlossen sich 10,1 Prozent mehr Menschen zu einem IG Metall-Beitritt als im Vorjahr. Der starke Zulauf an neuen Mitgliedern stärkt unsere stabilen Finanzen – und letztlich unsere Handlungsmacht.

## **Wie haben sich die Einnahmen im Jahr 2023 entwickelt?**

Unsere Beitragseinnahmen sind 2023 weiter gestiegen, sie haben mit rund 620 Millionen Euro einen neuen Spitzenwert erreicht. Nach den Jahren der Coronapandemie hat sich damit das Beitragsniveau endgültig stabilisiert.

## **Wofür wird das Geld der Mitglieder verwendet?**

Der Löwenanteil fließt in die Fläche für die Arbeit in den Betrieben und zahlreichen Branchen. Das ist elementar: Die Geschäftsstellen der IG Metall sind der erste Anlaufpunkt für unsere Mitglieder, sie arbeiten eng mit den Vertrauenskörpern der IG Metall in den Betrieben und den Betriebsratsgremien zusammen. 2023 haben wir insgesamt 222 Millionen Euro für die Geschäftsstellen bereitgestellt, sechs Millionen Euro mehr als im Jahr 2022. Das unterstreicht die Ausrichtung unserer Arbeit: Die IG Metall ist da, wo ihre Mitglieder arbeiten und leben. Wir unterstützen unsere Mitglieder vor Ort in den Betrieben. Und diese Arbeit werden wir auch weiterhin intensivieren.

## **Was heißt das konkret?**

Wir haben uns entschieden, dass unsere 147 Geschäftsstellen zusätzliche Finanzkraft zur Betreuung und Gewinnung von Mitgliedern vor Ort erhalten. Darüber hinaus ist und bleibt Bildungsarbeit eine Kernaufgabe unserer Gewerkschaftsarbeit. Unsere Mitglieder, Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreterinnen und -vertreter sowie Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter werden bestmöglich auch bei ihrer Aus- und Weiterbildung unterstützt. Ähnlich wie im Vorjahr haben wir im vergangenen Jahr 31 Millionen Euro für die Bildungsarbeit aufgewendet. Bildungsarbeit ist ein Schlüssel, um die Gewerkschaftsarbeit der Zukunft zu entwickeln.

## **Wie werden Mitglieder darüber hinaus unterstützt?**

Wir helfen durch unsere Satzungsleistungen, etwa mit unserem Streikgeld oder unserer Unterstützung in besonderen Notlagen, bei Sterbefällen oder Freizeitunfällen. Zudem finanzieren wir mittelbar über den DGB den Rechtsschutz in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen für unsere Mitglieder. Insgesamt wenden wir im Jahr 2023 rund 23 Millionen Euro für Unterstützungsleistungen für Rentner sowie bei Sterbe- oder Notfällen und Freizeitunfällen auf.

Und dann fließt ja auch auch Geld in die Streikkasse.

Richtig. Jedes Jahr führt die IG Metall von ihren Beitragseinnahmen 15 Prozent den Rücklagen zu. Diese Mittel stehen in späteren Jahren der Streikkasse zur Verfügung. Unser oberstes Ziel ist es, die Kampf- und Handlungsfähigkeit der IG Metall aufrechtzuerhalten. Unter dieser Maßgabe führen wir die Streikkasse. Die Arbeitgeber müssen wissen: Wir sind jederzeit streikfähig.

## Wofür die Beiträge der IG Metall-Mitglieder verwendet werden

Absolut in Mio. Euro  
Stand: 31. Dezember 2023

Geschäftsstellen  
(inklusive aller Zuschüsse)

222,3

Vorstandsverwaltung und  
zentrale Dienstleistungen

139,8

Rückstellungen (15 %)

92,9

Beiträge an DGB, IndustriALL und andere  
Gewerkschaftsdachorganisationen

48,1

Bezirksleitungen

32,3

Bildungsarbeit

31,4

Rechtsschutz Mitglieder  
(inklusive DGB)

30,7

Unterstützungsleistungen  
ohne Rechtsschutz

22,6

Mitgliedermagazin metall  
und Informationsmaterial

10,7

Rat für Tat

## Arbeitslosengeld bei Verlust des Zweitjobs?

### RECHT SO

Immer mehr Menschen können von einem einzigen Arbeitsverhältnis nicht mehr leben. Sie müssen einen Zweitjob annehmen. Ob die Arbeitsagentur zum verbliebenen Einkommen Arbeitslosengeld zahlt, wenn einer der Jobs wegfällt, erläutert Tjark Menssen.



*Multijobberin: Immer mehr Menschen haben einen Zweitjob, um über die Runden zu kommen.*

*Foto: Dejan Marjanovic/GettyImages*

Bei Verlust eines von mehreren sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen sind Multijobbende oft ratlos. Wenn sie über 15 Wochenstunden in der noch ausgeübten Beschäftigung tätig sind und/oder nur nach einer neuen Beschäftigung mit höchstens 15 Wochenstunden suchen, haben sie keinen Anspruch auf normales Arbeitslosengeld. Was viele nicht wissen: Wer mehrere versicherungspflichtige Beschäftigungen nebeneinander ausgeübt hat und einen dieser Jobs verliert, kann Anspruch auf Teilarbeitslosengeld (Teil-ALG) haben. Auch wenn man bei demselben Arbeitgeber

in mehreren Jobs gearbeitet hat, kann man diese Leistung erhalten. Voraussetzung: Die Zweitbeschäftigung muss mindestens zwölf Monate innerhalb der letzten zwei Jahre bestanden haben. Es darf sich nicht um eine geringfügige Beschäftigung (Minijob) handeln. Sie ist nicht versicherungspflichtig und begründet keinen Anspruch auf Teil-ALG.

Das Teil-ALG wird für höchstens sechs Monate gezahlt, und zwar neben dem Einkommen aus der weiter bestehenden Beschäftigung. Berechnungsbasis ist das pauschalierte Nettoentgelt für die verlorene Tätigkeit. Von dem so ermittelten pauschalierten Nettoentgelt beträgt das Teil-ALG für Berechtigte mit einem Kind 67 Prozent, für kinderlose 60 Prozent.

Nur wer sich teilarbeitslos meldet, kann Teil-ALG erhalten. Die Meldung gilt gleichzeitig als Antragstellung. Zudem muss ein bestimmter Antragsvordruck ausgefüllt werden, den es nur direkt bei der Arbeitsagentur gibt und der nicht online zur Verfügung steht.

### **Gleiche Regeln wie beim Arbeitslosengeld**

Ansonsten gelten die gleichen Regeln wie für das normale Arbeitslosengeld. Danach sind Beschäftigte verpflichtet, sich spätestens drei Monate vor der Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei der Agentur für Arbeit arbeitsuchend zu melden. Wer weiß, dass das Arbeitsverhältnis in weniger als drei Monaten endet, muss sich innerhalb von drei Tagen melden.

Wer Teil-ALG erhält, muss sich weiter um eine neue Stelle bemühen und für die Vermittlung oder Eingliederungsmaßnahmen bereitstehen.

### **Achtung bei Nebenbeschäftigung!**

Eine Nebenbeschäftigung kann neben dem Teil-ALG nur ausgeübt werden, wenn sie nicht mehr als fünf Wochenstunden umfasst und nicht länger als zwei Wochen dauert. Sonst erlischt der Anspruch auf das Teil-ALG. Fällt die Tätigkeit weg, kann das Teil-ALG aber neu beantragt werden. Betroffene sollten sich vor Aufnahme einer Nebenbeschäftigung bei der Arbeitsagentur erkundigen, was sie beachten müssen, um ihre Ansprüche nicht zu verlieren.

Ausführliche Hinweise zur Rechtslage liefert die Bundesagentur für Arbeit im »Merkblatt 1a – Teilarbeitslosigkeit«. PDF zum Herunterladen unter: **arbeitsagentur.de**



*Foto: Frank Rumpfenhorst*

### **Tjark Menssen**

ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH und schreibt in jeder Ausgabe über Fälle aus der Praxis. Ihr habt Fragen zum Rechtsschutz? Die zuständige Geschäftsstelle der IG Metall hilft Euch gern weiter: **igmetall.de/vor-ort**

# § Alles Recht



*Illustration: Henning Reith*

## PRIVATINSOLVENZ

### Inflationsausgleichsprämie ist pfändbar

Eine vom Arbeitgeber zusätzlich zum regelmäßigen Einkommen gezahlte Inflationsausgleichsprämie ist Arbeitseinkommen – und als solches pfändbar. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden.

Im konkreten Fall hatte ein Krankenpfleger wegen Überschuldung ein Privatinsolvenzverfahren beantragt. Während einer sogenannten Wohlverhaltensphase von drei Jahren muss er deshalb sein gesamtes pfändbares Einkommen an seine Gläubiger abgeben. Für die Inflationsprämie beantragte er einen Pfändungsschutz.

Das sah der BGH anders: Die Prämie sei an die entsprechende Beschäftigung geknüpft und damit in den Grenzen des Paragraphen 850 c Zivilprozessordnung als Arbeitseinkommen pfändbar. Der Zweck der Inflationsausgleichsprämie schränke die Verwendungsmöglichkeiten des Geldes nicht ein. Anders als etwa bei der staatlichen Coronahilfe liege daher keine Zweckbindung vor, die einer Pfändung entgegenstehe.

Bundesgerichtshof vom 25. April 2024 – IX ZB 55/23

## **RENTENVERSICHERUNG**

### Väter werden bei der Zuordnung von Kindererziehungszeiten nicht diskriminiert

Wenn Eltern keine Erklärung zur Zuordnung der Erziehungszeit abgegeben haben und die Mutter das Kind überwiegend erzogen hat, wird die Erziehungszeit in der Rentenversicherung der Mutter zugeordnet. Dadurch wird der Kindsvater zwar benachteiligt. Die Ungleichbehandlung ist aber zur Verwirklichung des Gleichstellungsgebots ausnahmsweise gerechtfertigt. Die Erziehungszeit wird der Mutter zugeordnet, damit Frauen nicht benachteiligt werden. Frauen leisten nämlich mehr Erziehungsarbeit als Männer und erwerben dadurch weniger Rentenansprüche. Diese Nachteile betreffen Frauen weiterhin deutlich häufiger als Männer. Diese, die Mütter bevorzugende Auffangregelung, ist laut Bundessozialgericht auch verhältnismäßig.

Hintergrund dieser Entscheidung ist die Klage eines Vaters gegen seine Rentenversicherung. Sein Vorwurf: Er würde aufgrund seines Geschlechts bei der Zuordnung von Kindererziehungszeiten diskriminiert.

Bundessozialgericht vom 18. April 2024 – B 5 R 10/23 R

## **Politik & Gesellschaft**

### **EIN THEMA, ZWEI MEINUNGEN**

# **Was der Industriestandort Deutschland braucht**

Die Wirtschaftslage in Deutschland ist angespannt, die Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Wirtschaft im Zeichen von Klimaschutz und Digitalisierung verläuft schleppend. Deshalb hat die IG Metall ein Elf-Punkte-Programm vorgestellt: für ein modernes und soziales Industrieland. Das Programm wurde mit den Vorsitzenden der Gesamt- und Konzernbetriebsräte großer Unternehmen aller Industriebranchen entwickelt.

Über Branchengrenzen und Unternehmensbereiche hinweg fordern sie von Arbeitgebern und Politik beträchtliche Investitionen, bessere Rahmenbedingungen und ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland. An der Debatte, wie dieser zukunftssicher gemacht werden kann, beteiligen sich Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats Wirtschaft und Professorin an der Technischen Universität Nürnberg, sowie Peter Bofinger, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg.



*Peter Bofinger, Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Würzburg*

*Foto: privat*

## **»Wenn man den Industriestandort Deutschland zukunftsfest machen will, darf man nicht weiter auf eine weltfremde Marktgläubigkeit setzen«**

Die deutsche Wirtschaft fällt im internationalen Vergleich zurück. Das Bruttoinlandsprodukt ist derzeit preisbereinigt kaum höher als vor fünf Jahren. Auch in diesem Jahr ist kein nennenswertes Wachstum zu erwarten. In den Medien und von vielen Politikern wird vor allem eine überbordende Regulierung für die Stagnation verantwortlich gemacht. Doch das ist zu kurz gegriffen. Die Herausforderung für die deutsche Wirtschaft besteht darin, dass ihr Geschäftsmodell, das auf Export, Industrie und Automobilen mit Verbrennungsmotor basiert, nicht mehr trägt.

- Die Globalisierung hat ihren Höhepunkt überschritten. Protektionismus und De-Risking sind auf dem Vormarsch.
- Die Industrie steht durch hohe Energiepreise und die Notwendigkeit zur Dekarbonisierung unter Druck.
- Die deutsche Automobilindustrie hat den Trend zur Elektromobilität und zur Digitalisierung zu spät erkannt und es fällt ihr schwer, sich im Wettbewerb mit chinesischen Anbietern zu behaupten.

Wie kann man die Transformation der deutschen Wirtschaft gestalten? Viele deutsche Ökonomen sind der Auffassung, dass man dabei weitgehend auf Marktkräfte setzen sollte. Deshalb plädieren sie für Steuersenkungen, Deregulierung, eine enge Interpretation der Schuldenbremse und offene Märkte. In diesem Denkschema ist der Staat nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems. Besonders ausgeprägt zeigt sich dieses Konzept in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Finanzminister Christian Lindner.

Wenn man über den deutschen Tellerrand schaut, erkennt man unschwer, dass es keine andere größere Volkswirtschaft gibt, die auf diese marktliberale Konzeption setzt. China verfolgt seit Jahren eine Politik, bei der der Staat Zukunftsindustrien identifiziert und sie gezielt fördert. Das Ergebnis ist eine chinesische Dominanz bei Batteriezellen und der Solartechnologie.

In den USA hat Präsident Biden mit dem CHIPS Act und dem Inflation Reduction Act massive Programme zur Förderung von Zukunftstechnologien ins Leben gerufen. Auch in Deutschland gibt es Beispiele für eine erfolgreiche Industriepolitik. Es ist vor allem Franz Josef Strauß zu verdanken, dass es heute die Airbus-Industrie in Europa gibt.

Wenn man den Industriestandort Deutschland sichern und zukunftsfest machen will, darf man also nicht weiter auf eine weltfremde Marktgläubigkeit setzen. Wir benötigen heute eine umfassende industriepolitische Strategie. Dazu gehört zunächst eine Diagnose der Stärken und der Schwächen unserer Industrie. Es muss identifiziert werden, in welchem Umfang und in welcher Form andere Länder bestimmte Sektoren fördern oder schützen werden. Es gilt, strategische Abhängigkeiten bei End- und Vorprodukten zu ermitteln. Die auf diese Weise ermittelten »Zukunftsindustrien« müssen durch Sofortabschreibungen oder direkte Subventionen in die Lage versetzt werden, sich auf den globalen Märkten zu behaupten.

Das erfordert umfangreiche staatliche Mittel, die unter dem Regime der Schuldenbremse nicht zu finanzieren sind. Wir stehen deshalb vor der Frage, ob wir an diesem Dogma festhalten wollen, das keine andere große Volkswirtschaft teilt, oder ob wir nicht alles tun sollten, um die Zukunft unserer Industrie und damit unseres Wohlstands zu sichern.



*Veronika Grimm, Professorin an der UT Nürnberg  
und Mitglied des Sachverständigenrats Wirtschaft*

*Foto: Sachverständigenrat Wirtschaft*

## **»Die notwendigen wachstumssteigernden Investitionen von Unternehmen erfolgen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen«**

Die Konjunktur schwächelt nach den Krisen noch immer. Die Überalterung der Gesellschaft dämpft das bei Normalauslastung der Wirtschaft mögliche Wachstum. Im Zuge der Transformation zur Klimaneutralität muss die Energieversorgung komplett umgestellt werden. Das erfordert hohe Investitionen. Krieg in Europa und geopolitische Veränderungen erfordern zudem eine Stärkung unserer Resilienz und der Verteidigungsfähigkeit.

Die Politik muss sich diesen Herausforderungen stellen. Um die Wachstumsschwäche zu überwinden, gilt es, dem durch die Demografie zunehmenden Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken und zugleich die Investitionstätigkeit insbesondere im Bereich der Zukunftstechnologien und der Infrastrukturen anzukurbeln.

Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland kann den Arbeitskräftemangel mildern, wenn es gelingt, die Zugewanderten – anders als bisher – schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es muss jedoch zugleich gelingen, die Arbeitsanreize und -möglichkeiten zu stärken, um die häufig teilzeitbeschäftigten Frauen, Transferempfänger und älteren Menschen für den Arbeitsmarkt zu mobilisieren. Mögliche Hebel wären ein Ausbau der Kinderbetreuung, eine Senkung der Entzugsraten im Transfersystem bei Aufnahme einer Beschäftigung bei gleichzeitiger Stärkung von Sanktionsmöglichkeiten, wenn zumutbare Arbeit verweigert wird, sowie Anpassungen im Rentensystem.

Es wird sehr wichtig sein, den Strukturwandel staatlich zu flankieren, um Übergänge für betroffene Beschäftigte zu erleichtern. Es gilt, gezielt und frühzeitig Weiterbildung und Umschulungen möglich zu machen und Neuansiedlungen von Unternehmen dorthin zu lenken, wo aufgrund von Betriebsschließungen zukünftig qualifizierte Arbeitskräfte eine attraktive Beschäftigung suchen. Die notwendigen wachstumssteigernden Investitionen von Unternehmen erfolgen dann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Neben gut ausgebildeten Fachkräften wird es auf attraktive steuerliche Rahmenbedingungen, moderne Infrastrukturen und die Verfügbarkeit von klimafreundlicher Energie ankommen. Die damit verbundenen Investitionen fordern oftmals den Staat, sei es durch finanzielle Unterstützung oder im Rahmen von Koordinationsaufgaben.

Während der Ausbau der erneuerbaren Energien auf Kurs ist, kommen wir beim Netzausbau seit Jahren nicht schnell genug voran. Noch herausfordernder ist der Zubau von Gaskraftwerken, die die erneuerbaren Energien ergänzen müssen. Zudem ist bisher nicht absehbar, dass die in der energieintensiven Industrie benötigten Wasserstoffmengen rechtzeitig verfügbar sein werden.

Die Investitionen müssen größtenteils privatwirtschaftlich erfolgen. Aber auch der Staat muss seine Investitionstätigkeit auf allen Ebenen erhöhen. Dafür muss es gelingen, in den öffentlichen Haushalten Platz zu schaffen, denn der Spielraum für zusätzliche Verschuldung ist – Schuldenbremse hin oder her – begrenzt. Man wird insbesondere um Rentenreformen nicht herumkommen, die den Anstieg der Beiträge der Versicherten sowie des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung deutlich begrenzen. Das kommt nicht gut an – die Europawahl hat aber gezeigt: Keine Lösungen zu liefern macht die Wähler auch nicht glücklich.

**Kurz & bündig**

**WAHLEN BEI DEN HANDWERKSKAMMERN**

## **Drei Fragen an Joachim Noll, Kfz-Meister und Vizepräsident der Handwerkskammer Koblenz**



*Foto: Fotostudio Reuther*

**Bei den Handwerkskammerwahlen können auch Arbeitnehmer kandidieren. Was bringt uns das?**

Wir können demokratisch mitgestalten, etwa bei der Ausbildung, damit sie praxisnah, modern und qualitativ hochwertig bleibt. Arbeitgeber wollen da ja oft eher sparen, aber es gibt auch vernünftige, die mit uns gemeinsam etwas für ihr Handwerk und ihre Region erreichen wollen. Aktuell treiben wir die Themen Digitalisierung und künstliche Intelligenz voran. Zudem setzen wir uns für mehr Tarifverträge ein.

**Was erreichst Du konkret als Vizepräsident der HwK Koblenz und aller Handwerkskammern bundesweit?**

Bei uns im Rheinland haben wir jetzt endlich einen Tarifvertrag für Friseure abgeschlossen. Ich habe bei der Innung klargemacht: Wenn Ihr noch Leute wollt, dann werdet modern. Aktuell treiben wir ein Wohnförderprogramm für Auszubildende voran. Und gerade hat mich die SPD-Fraktion als Sachverständigen in den Bundestag eingeladen. Wir können da unsere Erfahrungen aus der Praxis direkt einbringen.

**Wie kann ich bei der HwK kandidieren?**

Als ausgebildeter Beschäftigter eines Handwerksbetriebs kannst Du für die Vollversammlung Deiner HwK vor Ort kandidieren oder für den Berufsbildungs- oder Prüfungsausschuss. 35 Handwerkskammern wählen in diesem und im nächsten Jahr ihr Parlament. Melde Dich bei Deiner IG Metall vor Ort.

**Joachim Noll**

Der Kfz-Meister war 20 Jahre lang Ausbilder. 1999 kandidierte er bei der HwK Koblenz, ist dort seit 2012 Vizepräsident und seit 2020 auch Vizepräsident des Deutschen Handwerkskammertags (DHKT).

## HOCHWASSER

# Gewerkschaften rufen zu Spenden für Flutopfer auf

Die Schäden in den vom Hochwasser betroffenen Bundesländern sind enorm. Auch bei uns hat es viele Kolleginnen und Kollegen schwer getroffen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen deshalb zu Spenden für die Opfer der Flutkatastrophe auf. Spendenkonto:

**Gewerkschaften helfen e.V.**

**IBAN: DE55 2505 0000 0152 0114 90**

**BIC: NOLADE2HXXX**

**Stichwort: »Hochwasser 2024«**

Wer eine Spendenquittung braucht, gibt bitte den vollständigen Namen und die Adresse direkt in der Überweisung an. Die Quittung wird Anfang nächsten Jahres verschickt.

## STREIKS

# Streik bei Schabmüller – Tarifvertrag erkämpft

Die Entgelte steigen bis 2030 auf Metalltarif



*Im Streik eine Familie geworden: Beim 15-tägigen Streik bei Schabmüller trafen sich die Beschäftigten jeden Tag vor ihrem Werk, mit ihren Familien.*

*Foto: IG Metall*

15 Tage lang haben sie gestreikt: Die 500 Beschäftigten des Elektromotorbauers Schabmüller im bayerischen Berching haben sich in die Tarifbindung zurückgekämpft. Die Löhne und Gehälter werden in sechs Schritten bis Januar 2030 auf Tarifniveau angehoben. Die Arbeitszeit sinkt bis Juli 2029 von 40 auf 37,5 Stunden. Vor rund 20 Jahren war der Arbeitgeber aus dem Tarif ausgetreten. Seitdem erhielten die Beschäftigten im Vergleich weniger Geld und mussten länger arbeiten.

Nach vier Verhandlungen und vier Warnstreiks stimmten 97,6 Prozent der IG Metall-Mitglieder für Streik. Im Streik sind sie zu einer Familie geworden. Jeden Tag trafen sie sich mit Familien vor ihrem Betrieb, grillten gemeinsam und machten Musik. Diesen Zusammenhalt haben sie nun auch wieder ins Werk mitgenommen, berichtet Olga Redda, Verhandlungsführerin der IG Metall Regensburg. »Ein IG Metall-Vertrauensmann sagte mir: Olga, die Leute sind wieder drinnen und alle arbeiten mit einem Lächeln im Gesicht. Wir haben es geschafft.«

## Streik der »Schrotter« bei SRW beendet

Bei der Schrott- und Recyclingfirma SRW metalfloat in Espenhain (Sachsen) war nach 180 Tagen Schluss. Die IG Metall hat den Streik nach einer Urabstimmung der Beschäftigten beendet. Viele verdienen hier nur knapp 2000 Euro brutto. Doch der milliarden schwere chinesische Chiho-Konzern blieb stur.

»Sie haben aus einer alltäglichen Tarifverhandlung mit einer moderaten Forderung einen Kulturkampf gemacht«, kritisiert Steffen Reißig, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Leipzig. »Jetzt geht es darum, die wechselwilligen Beschäftigten zu unterstützen, in tarifgebundenen Unternehmen Arbeitsplätze zu finden.«

Tatsächlich hat bereits rund die Hälfte der 180 Beschäftigten den Betrieb verlassen.

## BETRIEBSRÄTE-PREIS

### Die Nominierten stehen fest

#### Zwölf Projekte in der Endrunde

Die Jury hat getagt, die Nominierten stehen fest: Insgesamt zwölf Betriebsratsgremien haben es in die Endrunde des Deutschen Betriebsräte-Preises 2024 geschafft. Aus dem Bereich der IG Metall sind in diesem Jahr vier Projekte nominiert.

Nominiert wurden die Betriebsratsgremien von Daimler Truck in Leinfelden-Echterdingen, von Knorr Bremse am Standort Aldersbach, von Siemens Healthineers in Erlangen, Forchheim und Röttenbach sowie von Siemens in München.

Der Deutsche Betriebsräte-Preis ist eine Initiative der Zeitschrift »Arbeitsrecht im Betrieb« aus dem Bund-Verlag. Er wird seit 2009 vergeben. Preiswürdig sind Mitbestimmungsinitiativen, die beispielsweise zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, zum Erhalt von Arbeitsplätzen oder zur Bewältigung der Transformation führen oder geführt haben.

Die offizielle Bekanntgabe und Ehrung der Preisträger findet am 7. November 2024 in Bonn im Rahmen des »Deutschen Betriebsräte-Tags« statt.

## RENTENERHÖHUNG

### Gewerkschaftsbeitrag wird angepasst

Der Bundesrat hat eine Rentenerhöhung beschlossen. Danach steigen die Renten zum 1. Juli um 4,57 Prozent. Da die Angleichung der Renten in Ost und West bereits im vergangenen Jahr vorzeitig erreicht wurde, gibt es einen einheitlichen Anpassungswert für die alten und die neuen Bundesländer. Zuvor hatte es noch unterschiedliche Rentenwerte für die Berechnung in Ost und West gegeben. Der aktuelle Rentenwert erhöht sich damit von 37,60 Euro auf 39,32 Euro.

Parallel zur gesetzlichen Erhöhung der Rentenbezüge wird die IG Metall die individuellen Mitgliedsbeiträge der Rentnerinnen und Rentner um die gleichen Prozentbeiträge anpassen.

## TANTIEMENLISTE

### Transparenz in der Mitbestimmung

#### Daten für 2020 sind verfügbar

Mitglieder der IG Metall, die Einkünfte aus Mitbestimmungsfunktionen haben, müssen über die korrekte Abführung ihrer Tantiemen Rechenschaft ablegen. Dazu gehören zum Beispiel die Tantiemen von Aufsichtsratsmitgliedern.

Die IG Metall informiert deshalb in einer Tantiemenliste über Kolleginnen und Kollegen, die Teile ihrer Einkünfte aus Mitbestimmungsfunktionen korrekt oder nicht korrekt abgeführt haben. Metallerrinnen und Metaller können die Tantiemenliste 2020 im Internet abrufen: [igmetall.de/tantiemenliste](https://igmetall.de/tantiemenliste)

## MITBESTIMMUNG

# US-Gewerkschaft gewinnt Wahl bei VW

Historischer Durchbruch in den Südstaaten



*Heißes Pflaster: In den Südstaaten der USA haben es Gewerkschaften schwer. Die VW-Fabrik in Chattanooga (Tennessee) hat nun trotzdem eine Arbeitnehmervertretung.*

*Foto: Volkswagen AG*

Im dritten Anlauf haben sie es geschafft: Die Belegschaft im VW-Werk Chattanooga (USA) ist jetzt gewerkschaftlich organisiert. Nach zwei gescheiterten Versuchen stimmten 73 Prozent der Beschäftigten für die US-Autogewerkschaft UAW. Die Wahl gilt als Meilenstein: Erstmals schaffte es die UAW, sich in einer Autofabrik im Süden der USA durchzusetzen. Der Standort Chattanooga war lange die einzige VW-Fabrik ohne Belegschaftsvertretung. Das ändert sich nun.

### Mut und Geduld wurden belohnt

»Mut, Geduld und Ausdauer der Beschäftigten wurden belohnt«, sagt Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall. »Wir blicken nun mit Spannung auf die anstehenden Tarifverhandlungen und hoffen, dass sich von dem positiven Signal dieser Wahl auch andere Beschäftigte in der Region ermutigt fühlen, ihre Vereinigungsrechte wahrzunehmen.«

Chattanooga liegt im US-Bundesstaat Tennessee. In den Südstaaten herrscht ein gewerkschaftsfeindliches Klima. Die Republikaner sind dort traditionell stark. Viele ihrer Vertreter lehnen Gewerkschaften ab. Sogar Ex-Präsident Donald Trump mischte sich ein und bezeichnete den UAW-Vorsitzenden als »Massenvernichtungswaffe für die Beschäftigten der Autoindustrie«.

**uaw.org**

## Rat für Tat

# Pflege erhöht Rente

### RATGEBER

In den meisten Fällen kümmert sich die Familie um die Pflege ihrer Liebsten. Dieses Engagement kann sich für Angehörige lohnen, denn die Pflegeversicherung zahlt pflegenden Angehörigen unter bestimmten Voraussetzungen Beiträge zur Rentenversicherung.

Von Antonela Pelivan | Illustration: Katja Weikenmeier



*Familienengagement: Wer Angehörige pflegt, kann auch ohne eigene Beiträge einen Rentenanspruch erwerben.*

Mehr als vier Millionen Menschen wurden 2021 in Deutschland zu Hause versorgt. Davon wurden 3,12 Millionen Pflegebedürftige überwiegend durch Angehörige betreut, die dafür nicht selten ihren Beruf aufgegeben hatten. Wer einen Angehörigen nicht erwerbsmäßig pflegt, kann auch ohne eigene Beiträge einen Rentenanspruch erwerben.

### Nicht erwerbsmäßige Pflege

Bei der Pflege durch Familienangehörige oder Verwandte geht die Deutsche Rentenversicherung davon aus, dass die Pflege ehrenhalber, also nicht erwerbsmäßig, ausgeübt wird. Dabei spielt es in der Regel keine Rolle, ob Pflegenden dafür eine finanzielle Anerkennung erhalten. Gleiches gilt auch bei der Pflege von Nachbarn oder Bekannten.

Wer allerdings vom zu Pflegenden mehr Geld für die Fürsorge erhält, als die Pflegekasse für selbst beschaffte Pflegehilfen zahlt, sollte prüfen, ob vielleicht ein »echtes« Pflegebeschäftigungsverhältnis vorliegt. Dann ist es keine nicht erwerbsmäßige Pflege mehr. Damit entfällt die Rentenversicherungspflicht der Pflegeperson und damit auch ihr Anspruch auf Rente.

### Pflegezeit ist Beitragszeit

In der Rentenversicherung wird die Pflegezeit als Beitragszeit angerechnet. Sie wird Pflegenden als Wartezeit auf dem Versicherungskonto angerechnet und kann so die Mindestwartezeit für verschiedene Altersrenten erfüllen. Zusätzlich zahlt die Pflegekasse den Pflegenden Beiträge für die Rente.

Wie hoch diese Beiträge im Einzelnen sind und wie sie sich auf die Rente auswirken, hängt unter anderem von der Dauer der Pflege, dem Grad der Pflegebedürftigkeit und dem Ort der Pflege ab. Bei geteilter Pflege wird der Rentenbeitrag unter den Pflegenden aufgeteilt.

## Voraussetzungen

Pflegende müssen eine oder mehrere pflegebedürftige Personen mit **Pflegegrad 2** oder höher pflegen. Die Pflege muss dabei mindestens zehn Stunden, verteilt auf wenigstens **zwei Tage pro Woche**, ausgeübt werden. Zusätzlich darf man nebenbei **nicht** mehr als 30 Stunden arbeiten.

Pflegende können sich die Betreuung auch mit einer anderen Person teilen. Es muss jedoch ein Mindestpflegeaufwand von zehn Stunden pro Woche und Person erreicht werden. Außerdem muss die Pflege in häuslicher Umgebung erfolgen. Zudem prüft die Pflegekasse noch Folgendes:

- Die Pflege muss notwendig sein. Das wird vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) festgestellt.
- Die zu pflegende Person hat Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherung.
- Pflegende müssen in Deutschland, im Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz wohnen oder sich dort gewöhnlich aufhalten.

Die wöchentliche Mindeststundenzahl und die Mindestanzahl an Pflegetagen kann auch durch Addition mehrerer Pflegeaufwände bei verschiedenen Pflegebedürftigen erreicht werden. Das ist die sogenannte Additionspflege.

Für die Addition der Pflegetage muss es sich allerdings um zwei verschiedene Wochentage handeln. Eine Additionspflege liegt auch dann vor, wenn der Mindestpflegeumfang in Stunden und Tagen in einer Pflegetätigkeit bereits erreicht ist und in einer weiteren Pflegetätigkeit erst durch die Addition beider Pflegetätigkeiten erreicht wird.

In diesen Fällen kann die zweite Pflege an denselben Wochentagen erfolgen.

Bei der sogenannten Mehrfachpflege wird die Pflege durch mehrere nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen erbracht. Der Einzelpflegeaufwand je Pflegeperson wird in Relation zum Gesamtpflegeaufwand aller Pflegepersonen gesetzt. Die finale Entscheidung trifft die zuständige Pflegekasse.

## Ohne Antrag keine Leistung

Um Rentenpunkte aus der Rentenkasse für pflegende Angehörige zu erhalten, muss der oder die Pflegebedürftige selbst aktiv werden und frühzeitig einen Antrag auf Leistungen bei der Pflegekasse stellen. Je früher dies geschieht, desto früher erhalten pflegende Angehörige Rentenpunkte für ihren Einsatz. Denn: Eine **rückwirkende Anrechnung** der Pflege ist **nicht** möglich. Dies gilt auch für Pflegezeiten, die Angehörige möglicherweise schon vor dem Antrag auf Pflegeleistungen bei der Pflegekasse erbracht haben. **Ein Antrag bei der Rentenversicherung ist nicht erforderlich.** Die Entscheidung, ob alle Voraussetzungen erfüllt sind, trifft die Pflegekasse. Ist das der Fall, sind die Pflegenden automatisch versicherungspflichtig. Sie müssen dann nur den »Fragebogen zur Zahlung der Beiträge zur sozialen Sicherung für nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen« ausfüllen, den die Pflegekasse verschickt.

Infos bietet die Rentenversicherung telefonisch unter **0800 10 00 48 00** oder in der Broschüre »Rente für Pflegepersonen: Ihr Einsatz lohnt sich«.

**deutsche-rentenversicherung.de**

## Auch Rentner können ihre Rente aufbessern

Auch Pflegende, die eine Vollrente beziehen, können ihre Rente aufbessern. Das geschieht jedoch nicht automatisch. Zunächst müssen Rentnerinnen und Rentner von einer Vollrente in eine sogenannte Teilrente wechseln und dürfen maximal 99,99 Prozent ihrer Vollrente beziehen. Für den Verzicht auf 0,01 Prozent der Rente erhalten Pflegende von der Pflegeversicherung Zahlungen auf ihr Rentenkonto. Dadurch erhöht sich ihre Rente im Folgejahr. Der Antrag auf Teilrente muss bei der Rentenversicherung gestellt werden. Angehörige sollten sich dort ausführlich beraten lassen.

Liegt der Bescheid vor, muss noch die Pflegekasse informiert werden, damit sie die Rentenbeiträge auf das Rentenkonto überweist. Ein Wechsel in die Vollrente, etwa weil die Pflege endet, ist immer möglich.

## Branchen & Betriebe

# Zurückgekämpft: Neuanfang nach 27 Jahren

## WIR SIND DIE IG METALL

Plötzlich musste er wieder neu anfangen. Sein ganzes Berufsleben lang arbeitete Admir Jahic in der Materialprüfung, dann schloss der Betrieb. Der Metaller kämpfte sich zurück, wieder in die Materialprüfung. Geholfen hat, dass er Metaller ist, sagt Admir heute. In unserer Serie »1 von 2,1 Mio.« erfahrt Ihr, was es heißt, Metaller zu sein.

Von Christoph Böckmann



Foto: Roland Geisheimer

Mit dem langstieligen Malerpinsel rührt Admir Jahic durch den Kleister im weißen Plastikeimer. Zweimal klopft er den Pinsel am Rand ab, dann streicht er dicke Schichten auf das Rad, wirft den Pinsel zurück in den Eimer und nimmt den 45-Grad-Prüfkopf des Ultraschallgeräts in die Hand. »Wie beim Arzt, da bekommst du auch so eine Paste drauf«, kommentiert der Metaller den Arbeitsschritt. Admir legt den Prüfkopf an das Metall, mit der anderen Hand, die in einem Handschuh steckt, dreht er ganz, ganz langsam den aufgebockten Radsatz. Auf dem kleinen Bildschirm, den Admir neben sich auf die Werkbank gestellt hat, ist eine Amplitude zu sehen, am Anfang ein starker Ausschlag, dann eine relativ gerade Linie. »Der Ausschlag war nur die Kante, bisher keine Risse«, sagt Admir leise und konzentriert und dreht das Rad behutsam weiter. Zwei weitere Prüfköpfe wird Admir noch verwenden. Nach knapp einer Stunde lautet sein Urteil: »Alles gut, können wir aufarbeiten. Wären Risse drin, müssten wir sie verschrotten.«

Admir arbeitet in der Radsatzwerkstatt von Thyssen-Krupp Steel in Duisburg. Nicht weit von den Hochöfen entfernt stellt der Metaller sicher, dass die gelb-roten Loks des Stahlherstellers zuverlässig Material transportieren können. Seit fast 30 Jahren ist Admir in der Materialprüfung, aber erst seit Kurzem hier bei Thyssen-Krupp.

## 27 Jahre zwischen zweiter und dritter Bewerbung

1996 begann Admir seine Ausbildung zum Industriemechaniker bei Vallourec in Mülheim an der Ruhr und arbeitete seitdem in der zerstörungsfreien Prüfung. Doch vor einigen Monaten gingen bei Vallourec die Lichter aus, die Betriebe in Mülheim und Düsseldorf mussten schließen. »Die IG Metall hat gekämpft, aber die Schließung war nicht abzuwenden«, sagt Admir. Der Metaller bekam eine Abfindung. »Die hat die IG Metall ausgehandelt und die war sehr, sehr gut. Es gab auch einen Bonus für Mitglieder. Dennoch hat es viele Kolleginnen und Kollegen sehr mitgenommen«, erinnert sich der 45-Jährige. Auch an Admir ist das Ganze nicht ohne Weiteres vorbeigegangen: »Ich hab' gedacht, ich bin zu alt, mich stellt keiner mehr ein. Das waren schlaflose Nächte.« Doch die IG Metall-Betriebsräte bei Vallourec luden IG Metall-Betriebsräte von Thyssen-Krupp zu einer Betriebsversammlung ein. »Wir brauchen euch, haben sie gesagt«, erinnert sich Admir. »Es ist schon gut, so ein Netzwerk zu haben, wie eine Familie«, findet der Metaller. Und so kam es, dass er seine insgesamt dritte Bewerbung schrieb. »Die erste war vor 27 Jahren für einen kleinen Metallbetrieb, ich weiß gar nicht mehr, wie der hieß, die zweite eben für Vallourec und jetzt nach 27 Jahren musste ich wieder eine schreiben. Dann zum Gespräch, da war ich ganz schön nervös.«

Doch es klappte. Nicht nur für ihn, rund 500 Kolleginnen und Kollegen von Vallourec sind heute bei Thyssen-Krupp. »Ich laufe immer wieder welchen über den Weg, von denen ich gar nicht wusste, dass sie auch hierher sind«, freut sich Admir. Einen Unterschied zu früher gibt es: »Wir haben bei Vallourec automatisch geprüft, bis zu 1200 Rohre am Tag, da schaut du nur auf Bildschirme. Hier, bei Thyssen-Krupp, bei den Radsätzen, ist die Stückzahl viel kleiner, da wird händisch geprüft, das musste ich erst lernen«, erklärt Admir. Der Metaller bekam eine Schulung und kniete sich rein: »Ich bin länger geblieben und hab immer auf dem Hotelzimmer gelernt.« Das hat sich ausgezahlt, Admir soll bald Vorarbeiter werden.

Admir hat gekämpft: für Vallourec, für seinen neuen Job. Und jetzt muss Admir wieder kämpfen: Der Vorstandsvorsitzende von Thyssen-Krupp will angeblich Arbeitsplätze abbauen. Gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen geht Admir deshalb vors Werkstor und vor die Konzernzentrale, um zu zeigen: Kündigungen wird es mit der IG Metall nicht geben. Admir ist ein Kämpfer. Er kämpft für sich, für seine Kinder sowie für seine Kolleginnen und Kollegen. Admir ist einer von uns, einer von 2,1 Millionen Metallerinnen und Metallern.



*Prüfkopf auf Metall: So sucht Admir nach Rissen in den Radsätzen (Bild unten). Risse im Lebenslauf hat er nicht, geholfen hat ihm die IG Metall-Familie.*

*Fotos: Roland Geisheimer*

## **Wir sind die IG Metall**

Wir sind über 2,1 Millionen Mitglieder in der IG Metall. Wir arbeiten in den unterschiedlichsten Branchen und haben die unterschiedlichsten Jobs. Eins aber haben wir alle gemeinsam: Wir wollen gute Arbeit!

## Branchen & Betriebe

# Wir kämpfen für Industriearbeit

## PROTEST

5000 Metallerrinnen und Metaller stellen sich gegen den Abbau von Arbeitsplätzen in Schweinfurt und Umgebung. Doch nicht nur in Unterfranken ist die Situation kritisch: Bundesweit müssen Betriebe und Politik mehr in die Zukunft investieren. Das Elf-Punkte-Programm der IG Metall kann die Wende bringen.

Von Christoph Böckmann



*SOS Kugellagerstadt: Die Metallerrinnen und Metaller in Schweinfurt sehen die Grundlage des Wohlstands in der Region gefährdet.*

*Foto: Henry Fallis*

Sie strömen aus verschiedenen Richtungen auf den sonst eher beschaulichen Schweinfurter Marktplatz. Mit ihren roten IG Metall-Fahnen, -Caps und -Schals verwandeln rund 5000 Metallerrinnen und Metaller das historische Pflaster in ein rotes Meer. In ein tobendes rotes Meer, als Thomas Höhn auf der vor dem Rathaus aufgebauten Bühne in das Mikrofon ruft, warum sie heute hier sind: »Wir treten der drohenden Deindustrialisierung in unserer Region offensiv entgegen.«

Was den Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Schweinfurt und die Metallerrinnen und Metaller ins Stadtzentrum getrieben hat, ist leicht erklärt: Allein in Schweinfurt gibt es 27 000 Industriearbeitsplätze – und das bei rund 56 000 Menschen, die hier wohnen. Das sorgt für Wohlstand in der Region. Doch der ist bedroht. Betriebe wie ZF, SKF, Bosch Rexroth, Schaeffler und Valeo bauen Arbeitsplätze ab: Bei ZF könnten es 2000 werden, bei SKF um die 900, Bosch Rexroth will in den nächsten Jahren 240 Stellen streichen, Schaeffler startet ein Freiwilligenprogramm.

Und dann ist da noch Valeo: Beim Autozulieferer in Bad Neustadt an der Saale verlieren über 300 Beschäftigte ihren Job, da das Unternehmen die Produktion von Elektromotoren nach Polen verlagert.



### »Wir verlangen von den Unternehmen ein klares Bekenntnis zu den Traditionsstandorten.«

Thomas Höhn, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt

### Es droht eine Abwärtsspirale

Norbert Völkl, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats von SKF, sieht die Gefahr, dass der Arbeitsplatzabbau weitergehen könnte: »Wir haben in der Region viele mittlere und kleine Betriebe, die von den großen abhängen. Bauen die Großen ab, kann das zu einer Abwärtsspirale führen.« Zudem mahnt er: »Viele Arbeitsplätze werden sozialverträglich abgebaut, das geschieht in aller Stille. Heute wollen wir aber davor warnen, was es für die Region bedeutet, wenn die Arbeitsplätze verloren gehen.«

Auch Renate und Frieda von ZF stehen deshalb im roten IG Metall-Outfit auf dem Marktplatz. »Wir brauchen Bekenntnisse von den Unternehmen für den Standort, nicht Stellenabbau«, betont Renate. Und Frieda erklärt, was für sie als Metallerrinnen jetzt gilt: »Wir müssen zusammenhalten.« Aus der Mitte des Marktplatzes ragt ein Transparent mit der Aufschrift »Bosch Rexroth«, darunter klatscht Stephan Huber gerade Beifall. Der Metaller ist eigens aus dem Saarland gekommen, um Solidarität zu zeigen. Stephan ist Gesamtbetriebsrat bei Bosch Rexroth und fordert von den Unternehmenschefs: »Neue Produkte müssen hier produziert werden und dürfen nicht ins Ausland gehen.«

Einige Meter weiter, am Rand der Demo, steht Michelle Schulter an Schulter mit ihren Kollegen. Die Metallerin verdeutlicht: »Auch für uns Jüngere ist es wichtig, dass die Arbeit gesichert ist. Deshalb protestieren wir gegen den Abbau von Arbeitsplätzen, und zwar so, dass man das auch oben in den Chefetagen hört, am besten auch in Berlin.«

Auf der Bühne ist der Erste Bevollmächtigte zum Ende seiner Rede gekommen. Bevor er das Mikrofon weiterreicht, sagt er, dass Schweinfurt kein Einzelfall ist, überall in der Bundesrepublik würden falsche Sparprogramme und zu geringe Investitionen die Zukunft bedrohen.

### Bundesweit herrscht hohes Verlagerungsrisiko

Eine Umfrage der IG Metall unter Betriebsrätinnen und Betriebsräten von 2596 Firmen bestätigt die Aussage des Schweinfurter Bevollmächtigten. Rund die Hälfte der Unternehmen in Deutschland investiert zu wenig. Statt die gegenwärtigen Herausforderungen aktiv anzugehen, stellen Unternehmen zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen vermehrt Standorte und Beschäftigung infrage. 31 Prozent der befragten Betriebsrätinnen und Betriebsräte schätzen das Risiko, dass Beschäftigung ins Ausland verlagert wird, als »hoch« oder »eher hoch« ein. Im Fahrzeugbau sind es sogar 59 Prozent, die das Risiko als »hoch« oder »eher hoch« bewerten.

Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, kritisiert das scharf: »Investieren im Inland muss das Gebot der Stunde sein. Die Beschäftigten brauchen Sicherheit und Perspektiven«, betont sie. Aber auch die Politik nimmt die Erste Vorsitzende der IG Metall in die Pflicht: »Statt Schuldenbremse und Sparpaketen brauchen wir eine aktive Industriepolitik mit ambitionierten öffentlichen Investitionen, auch in Infrastruktur und Bildung«, so Benner.

## **Staat muss 600 Milliarden Euro investieren**

Wie viel Geld der Staat investieren muss, um die Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, haben Wissenschaftler vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung und dem Institut der deutschen Wirtschaft ausgerechnet: »Mit rund 600 Milliarden Euro könnten bis Mitte der 2030er-Jahre nicht nur der Investitionsstau in den Kommunen aufgelöst werden, sondern auch dringend nötige Fortschritte in der Qualität der Bildungsinfrastruktur, bei Energie- und Verkehrsnetzen, öffentlichem Verkehr sowie bei der Dekarbonisierung des Landes erzielt werden.« Die Forscherinnen und Forscher betonen: »Eine derartige Investitionsoffensive würde wirtschaftliche Vorteile über Jahrzehnte bringen.«

## **Elf Maßnahmen für ein modernes Industrieland**

Wie Deutschland ein Industrieland bleibt und was Betriebe und Politik dafür konkret tun müssen, hat die IG Metall gemeinsam mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten großer Unternehmen aller Industriebranchen erarbeitet und in einem Elf-Punkte-Programm aufgeschrieben (siehe QR-Code im Kasten). Neben der Forderung nach höheren Investitionen von Staat und Betrieben sieht die Gewerkschaft auch die Notwendigkeit von besseren Rahmenbedingungen für Industrie und Beschäftigte. Dazu gehören beispielsweise ein verlässlicher Kurs bei der Mobilitätswende, ein Industriestrompreis für die energieintensive Industrie sowie ein starker Sozialstaat.

## **Politik sucht Dialog mit der IG Metall**

Inzwischen trägt der Aktionstag erste Früchte. Lokale und regionale Politiker drücken sich bei der IG Metall Schweinfurt die Klinke in die Hand. Zuletzt war der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zu Besuch. Mit dem Ergebnis des Treffens ist der Bevollmächtigte Thomas Höhn jedoch nicht zufrieden: »Außer Kritik an der Arbeitsmoral in Deutschland und Schuldzuweisungen in Richtung Ampelregierung oder Europäischer Union haben wir relativ wenig gehört.« Konsens gab es mit Aiwanger darüber, dass die Strompreise zu hoch sind und dass das Land deutlich mehr in dezentrale erneuerbare Energien investieren muss. »Hier muss der Freistaat aber auch liefern und nicht nur ankündigen«, betont Thomas. Für die Metallerinnen und Metaller heißt das: Sie werden weiter für Industriejobs kämpfen müssen, nicht nur in Schweinfurt.

## **Das muss Die Politik tun**

Für ein modernes, innovatives und gerechtes Industrieland hat die IG Metall ein Elf-Punkte-Programm entwickelt. Es richtet sich an Politik und Betriebe.

[https://www.igmetall.de/download/20240515\\_11\\_Punkte\\_.pdf](https://www.igmetall.de/download/20240515_11_Punkte_.pdf)

## Politik & Gesellschaft

# Sie halbierten sein Gehalt

### VERGÜTUNG VON BETRIEBSRÄTEN

Seit über einem Jahr bekommt Janusz Eichendorff nur noch sein halbes Gehalt. Der Wohnmobilbauer Hymer will den Betriebsrat damit kleinkriegen. Möglich wurde das durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs. Die IG Metall steht hinter Janusz und fordert: Betriebsrat zu sein darf keinen Nachteil haben.

Von Dirk Erb



*Vom Wohnmobilbauer zum Konzernbetriebsrat: Der leidenschaftliche Handwerker Janusz Eichendorff hat sich als Betriebsrat weiterqualifiziert und ist jetzt für fast 9000 Beschäftigte europaweit verantwortlich. Zunächst hat ihm Hymer dafür auch mehr gezahlt – aber jetzt alles wieder weggenommen.*

*Foto: Felix Kästle*

Stell Dir vor, Deine Firma streicht Dir fast die Hälfte Deines Gehalts, nur weil Du ein engagierter Betriebsrat und Gewerkschafter bist.

Genau das ist Janusz Eichendorff, Betriebsratsvorsitzender des Wohnmobilbauers Hymer, passiert: Letztes Jahr im April gruppierte ihn sein Arbeitgeber massiv ab, in die Lohngruppe, die er bis zu seiner Wahl als Betriebsrat 2006 hatte, als er noch als Wohnmobilbauer arbeitete. Dabei hat er sich seitdem zum Vorsitzenden des Euro- und Konzernbetriebsrats weiterentwickelt und ist für fast 9000 Beschäftigte verantwortlich. Janusz klagte gegen die Gehaltskürzung – und gewann: Im Januar entschied das Arbeitsgericht Ravensburg: Hymer muss Janusz sein volles Gehalt zahlen, rückwirkend.

Doch die Firma denkt nicht daran und hat Berufung eingelegt. Jetzt geht es zum Landesarbeitsgericht.

## Hymer will Betriebsrat kleinkriegen

»Die wollten mir schon öfter kündigen«, berichtet der in Polen geborene Kunsthandwerker. Er ist der Geschäftsführung ein Dorn im Auge: In Tarifrunden sind die Beschäftigten bei Hymer im baden-württembergischen Bad Waldsee immer zu Warnstreiks vorm Tor. Als Eurobetriebsrat organisiert Janusz den Zusammenhalt der Beschäftigten aller Standorte des Hymer-Konzerns (unter anderem Bürstner, Carado und Dethleffs). Als Konzernbetriebsratsvorsitzender leitete er die Wahl eines Betriebsrats im zu Hymer gehörenden Capron-Werk in Neustadt (Sachsen – Sunlight, Carrado) ein. Immer wieder kam er zu Betriebsversammlungen und ermutigte die Beschäftigten dazu, sich zu organisieren und schließlich einen Tarifvertrag in Neustadt zu erkämpfen. Dabei geht es immer wieder vor Gericht: Mittlerweile sind es über 100 Verfahren, weil die Geschäftsführung gegen Gesetze und Tarifverträge verstößt und die Mitbestimmung des Betriebsrats missachtet. Im Boom während der Coronapandemie etwa verfügte die Firma von oben einseitig Überstunden und Samstagsarbeit. Auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten, kritisiert Frederic Striegler, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Friedrichshafen. »Es gab Hunderte Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz.«

Doch statt gemeinsam nach Lösungen zu suchen, heuert die Geschäftsführung teure Rechtsanwälte an und nimmt Janusz zunehmend ins Visier. Sie überprüfen seine Reisekosten, wollen ihm Steuerhinterziehung anhängen.

Das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) Anfang 2023 kommt für die Geschäftsführung wie gerufen.

## BGH-Urteil gegen Betriebsräte

Betriebsräte dürfen laut Gesetz weder Vor- noch Nachteile haben. Ihr Entgelt darf nicht geringer bemessen werden als das vergleichbarer Arbeitnehmer mit betriebsüblicher beruflicher Entwicklung. Genau so hat das Janusz bereits 2018

mit seiner Personalleitung geregelt: Seine Vergütung orientierte sich an ehemaligen Kollegen im Prototypenbau, die sich ähnlich wie er weiterentwickelt haben.

Doch Anfang 2023 entscheidet dann der BGH, dass die Vergütung von Betriebsräten auf Basis einer »hypothetischen Karriere« eine strafbare Begünstigung sei. Viele Unternehmen kürzen in der Folge ihren Betriebsräten das Geld. Einige aus Angst vor Strafen. Andere jedoch, wie Hymer, um unliebsame Betriebsräte wie Janusz kleinzukriegen.

Die IG Metall Baden-Württemberg und sogar der Arbeitgeberverband haben versucht, eine friedliche Einigung herbeizuführen. Doch der Hymer-Vorstandsvorsitzende bleibt stur. »Sie wollen Janusz zermürben und ein Exempel an ihm statuieren«, kritisiert der bekannte Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler, der Janusz seit vielen Jahren berät, gemeinsam mit seiner Frau, der früheren Justizministerin Herta Däubler-Gmelin. »Dabei ist Janusz derjenige, der stets versucht, sich friedlich zu einigen. Doch die Firma verbrennt lieber Geld in Prozessen und Einigungsstellen.«

Noch wichtiger als der juristische Beistand ist aus Däublers Sicht die Solidarität, die Janusz erfährt – in der Belegschaft, im Betriebsrat und in der IG Metall. Metallerinnen und Metaller aus anderen Betrieben kamen etwa zu seinem Prozess beim Arbeitsgericht.

## Ein neues Gesetz muss her

Die IG Metall fordert eine Verbesserung des Gesetzes zur Vergütung von Betriebsräten. Viele Betriebsräte haben dazu mit Abgeordneten gesprochen. Auch Janusz hat viele Gespräche geführt. Und sein Kollege im Ortsvorstand der IG Metall Friedrichshafen, Achim Dietrich, Betriebsratsvorsitzender von ZF, trug als Sachverständiger im Bundestag Janusz' Fall vor.

Das neue Gesetz soll eine faire Vergütung für Janusz und die gut 11000 anderen Betriebsräte in Deutschland durch eine Betriebsvereinbarung rechtssicher regelbar machen.

Für Janusz geht der Kampf weiter. Zwar hat er in erster Instanz gewonnen, doch bis zur Entscheidung beim Landesarbeitsgericht zahlt ihm Hymer weiterhin nur das gekürzte Entgelt. Er hat Familie und ein Haus abzubezahlen. Nebenher arbeitet er als Referent bei der IG Metall Friedrichshafen, um sich etwas dazuzuverdienen.

Der leidenschaftliche Handwerker lässt sich nicht unterkriegen. Er saniert sein Haus und baut ein altes Wohnmobil aus. Er schreinert, polstert und lackiert selbst. Sein alter angerosteter VW-Transporter sieht aus wie ein Baustellenauto: voll mit Werkzeug und Material.

»Ich sehe immer noch Wohnmobile auf der Straße, die ich als Prototypen mitentwickelt habe«, erklärt Janusz stolz. Er mag seine Arbeit und seinen Betrieb. Dabei haben sie ihm schon öfter viel Geld angeboten, um ihn rauszukaufen. Das kommt für Janusz nicht infrage. »Mit einer Abfindung gehen, wenn Menschen an Dich glauben, das kannst Du nicht machen.«



Foto: privat

## »Die Geschäftsführung will Janusz zermürben und ein Exempel an ihm statuieren«

Wolfgang Däubler, Arbeitsrechtler

### Wie viel verdienen Betriebsräte?

- Laut Betriebsverfassungsgesetz dürfen Betriebsräte weder bevorteilt noch benachteiligt werden. Doch als Betriebsrat kann ich mich beruflich weniger weiterentwickeln, besonders wenn ich freigestellt bin. Daher sieht das Gesetz eine Vergütung vor, die sich an vergleichbaren Arbeitnehmern und ihrer Entwicklung orientiert.
- Der Bundesgerichtshof (BGH) urteilte Anfang 2023, dass die Vergütung von Betriebsräten anhand einer »hypothetischen Karriere« eine strafbare Begünstigung sei. Das sorgte für Rechtsunsicherheit, in deren Folge viele Unternehmen ihren Betriebsräten die Gehälter kürzten.
- In mehreren Gerichtsurteilen erstritten Betriebsräte mithilfe der IG Metall ihre Vergütung zurück.
- Die IG Metall fordert eine Verbesserung des Gesetzes und hat dazu auch Gespräche in Berlin geführt: Betriebsrat und Arbeitgeber sollen die Vergütung rechtssicher durch eine Betriebsvereinbarung regeln können.



*Zu Dovga, der aserbaidischen Joghurtsuppe, passen Fleischbällchen und Kichererbsen gut. Das Rezept stammt aus dem internationalen Kochbuch des Arbeitskreises Kult. V der IG Metall Reutlingen-Tübingen.*

*Foto: Katrin Winner*

## **Erfrischende Suppe aus Aserbaidshan**

Jetzt beginnt wieder die Zeit, in der manche sagen: »Es ist so heiß, ich habe gar keinen richtigen Hunger, ich esse heute höchstens Wassermelone.« All denen aber, die auch in der warmen Jahreszeit etwas Leckeres essen wollen, stellen wir mit der Dovga ein Gericht vor, das sich problemlos zubereiten lässt und gerade im Sommer sehr gut schmeckt. Denn es erfrischt mindestens so sehr wie Wassermelone.

Und so bereitet Ihr die aserbaidische Joghurtsuppe zu: Zunächst Ei, Mehl, Reis und den Joghurt in einem Topf gut vermischen und zum Kochen bringen. Gießt dann die sechs Gläser Wasser in den Topf dazu. Die Masse unter ständigem Rühren zum Kochen bringen und danach die Wärmezufuhr verringern.

Nachdem der Reis weich geworden ist, Dill, Spinat und Minze hinzufügen und weiter kochen, bis die Kräuter ebenfalls weich sind. Wer mag, kann gekochte Kichererbsen oder Fleischbällchen dazugeben.

Dafür das Rinderhackfleisch mit der klein geschnittenen Zwiebel, den Semmelbröseln, der Petersilie sowie Salz und Pfeffer vermengen und zehn Minuten ziehen lassen. Anschließend kleine Bällchen formen und in der Pfanne mit zwei Esslöffel Bratöl goldbraun braten. Bei 160 Grad Umluft im Ofen für circa zehn Minuten fertig garen. Guten Appetit!

## Zutaten für vier Personen

1 Ei

1 1/2 EL Mehl

75 g Reis

3 Becher Joghurt

6 Gläser Wasser

Jeweils 1 Bund Dill, Minze und Spinat

1 Dose Kichererbsen (265 g)

Für die Hackfleischbällchen:

300 g Rinderhackfleisch

1 kleine Zwiebel

50 g Semmelbrösel

1 Ei

Salz, Pfeffer

1/2 Bund Petersilie

2 EL Bratöl

## Dein Rezept

Sende uns Dein Lieblingsrezept zum Nachkochen für Metallerrinnen und Metaller. E-Mail mit dem Stichwort »Rezept« an: [metall@igmetall.de](mailto:metall@igmetall.de)

## Service

### Hier kannst Du dich registrieren

Einige Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: [igmetall.de/registrieren](https://igmetall.de/registrieren)

### Podcast: Queer in der Arbeitswelt

Welche Rechte haben Beschäftigte? Was müssen Betriebe gegen Diskriminierung tun? Alle Infos zum Thema LGBTQAI+ gibt es in der aktuellen Folge unseres Podcasts: [igmetall.de/maloche-malibu](https://igmetall.de/maloche-malibu)

### Deine Geschäftsstelle

Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten: [igmetall.de/vor-ort](https://igmetall.de/vor-ort)

### Der IG Metall beitreten

Hier kannst Du Mitglied werden: [igmetall.de/beitreten](https://igmetall.de/beitreten)

### Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzdrukken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. [metall@igmetall.de](mailto:metall@igmetall.de)

### Barrierefreies PDF

Du hast Lob, Kritik oder Verbesserungsvorschläge? Ich freue mich auf Deine E-Mail! [fabian.hilgendorf@datagraphis.de](mailto:fabian.hilgendorf@datagraphis.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Christiane Benner, Jürgen Kerner, Nadine Boguslawski

**Beauftragte der Herausgeber:** Ursula Kleppmann (verantw. i. S. d. P.)

**Anschrift:**

Redaktion metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

**Chefredakteur:** Mirko Kaiser

**Redaktion:**

Simon Che Berberich, Christoph Böckmann, Jan Chaberny, Dirk Erb, Antonela Pelivan, Leonie Scholz, Jacqueline Sternheimer

**Bildredaktion:** Michael Henrizi

**Sekretariat:** Beate Albrecht

**igmetall.de/metall**

**Angebot für Menschen mit Sehbehinderung**

metall gibt es als barrierefreies PDF: **metall@igmetall.de**

**Layout und Gestaltung**

Thomas Pötschick, Aschaffenburg

**Konzeption der Neugestaltung:**

GROOTHUIS. Gesellschaft der Ideen und Passionen mbH, Hamburg

**Vertrieb:**

Thomas Köhler, Telefon: 069 66 93-22 24, Fax: 069 66 93-25 38, **vertrieb@igmetall.de**

**Anzeigen:**

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur, Pallaswiesenstraße 109, 64293 Darmstadt  
**info@zweiplus.de**

**Druckvorstufe:** datagraphis GmbH

**Druck und Versand:** Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

**Papier:**

metall erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier besteht aus einem nachhaltigen Fasergemisch aus regionalem Altpapier, Holzabfällen und Durchforstungsholz. Weitgehendes Vermeiden von fossilen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Herstellung des Papiers schützt das Klima.